

Marta Anczewska Beratung:

Alina Pogoda

Stimmen aus den Regionen, die vom Just Transition Fund abgedeckt werden

Studie zur Bewertung des
Durchführungsstands
und Empfehlungen für Änderungen an der
Funktionsweise des Fonds in Polen

Bericht im Auftrag des
Polish Green Network



REFORM



Autorin: Marta Anczewska Beratung:

Alina Pogoda Wissenschaftliche

Mitarbeit: Emilia Ślimko

Zusammenstellung: Monika Bakalarz

März 2025

Union der Verbände Polnisches Grünes Netzwerk

Vorwort

Das Polnische Grüne Netzwerk, das die Zivilgesellschaft vertritt, ist seit Jahren aktiv am Prozess des gerechten Übergangs beteiligt, sowohl in Polen als auch in Europa. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die lokalen und regionalen Behörden in den Verwaltungsprozess des Fonds für gerechte Umgestaltung einbezogen werden. Wir sind Mitglieder der Begleitausschüsse für die europäischen Fonds und arbeiten in Arbeitsuntergruppen für den FST mit und nutzen unser Fachwissen über Energiewende und transparente, integrative Prozesse zur Verwaltung der europäischen Fonds.

Das Reforminstitut befasst sich mit analytischen Aktivitäten im Zusammenhang mit einem gerechten Übergang, einschließlich der Entwicklung einer Methodik zur Bewertung der nationalen Energie- und Klimapläne (NEEAPs), um festzustellen, inwieweit sie Fragen des gerechten Übergangs¹ berücksichtigen.

Liste der Abkürzungen

EFRE Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

ESF+ Europäischer Sozialfonds Plus

FS Kohäsionsfonds

FST Fair Transition Fund

NERP Nationaler Energie- und Klimaplan **TPST**

 Territoriale Pläne für faire Transformation **MTF**

 Mehrfähriger Finanzrahmen

¹ Reforminstitut, Territoriale und verteilungspolitische Aspekte eines gerechten Übergangs in vorläufigen der Fassung des Nationalen Energie- und Klimaplans bis 2030, Warschau 2024.

Inhaltsübersicht

Liste der Abkürzungen | 2

1. Hintergrundinformationen zum Fonds für faire Transformation | 5

- A. Rechtlicher Rahmen und Finanzierung | 5
- B. Regeln für den Zugang zum Fonds | 7
- C. Verwaltungsmodell | 12

2. FST in Polen | 14

- A. Betrag und Begünstigte | 14
- B. Verwaltungsmodell für Polen ausgewählt | 16

3. Die Zukunft der FST | 19

- A. Bewertung des mehrjährigen Finanzrahmens und des Verfahrens zur Halbzeitüberprüfung | 19
- B. Vorbereitungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034 | 20
- C. Ein neues Konzept für die Kohäsionspolitik - Stand der Diskussionen in der Europäischen Union | 21
- D. Wie geht es weiter mit der FST? | 22

4. Bereich Forschung | 23

- A. Zielsetzung der Studie | 23
- B. Bewertungselemente | 24
- C. Testergebnisse | 25
 - 1. Lokale Bedingungen | 25
 - 2. Woiwodschaft Schlesien | 30
 - 3. Woiwodschaft Großpolen | 37
 - 4. Woiwodschaft Niederschlesien (Unterregion Wałbrzych) | 41
 - 5. Woiwodschaft Łódzkie | 46
- D. Schlussfolgerungen | 52

5. Zusammenfassung | 56

Anhang 1: Methodik der Erhebung | 58

Anhang 2: Territoriale Pläne für die Umgestaltung der Messe | 58

1. Hintergrundinformationen zum Fonds für faire Transformation

A. Rechtlicher Rahmen und Finanzierung

Der Fonds für faire Transformation (FST) wurde 2021 im Rahmen einer speziellen EU-Verordnung² als Teil *des Innovationsplans* für den *Europäischen Green Deal* eingerichtet. In der Verordnung werden der Zweck, der geografische Geltungsbereich und die Bedingungen für den Zugang zu den Finanzmitteln festgelegt, einschließlich der Notwendigkeit, territoriale Pläne für faire Transformation zu erstellen.

Die Mittel für den STF stammen aus den Eigenmitteln der Union, ergänzt durch Mittel aus dem 2020 eingerichteten *EU-Instrument für den Wiederaufbau und die Stärkung der Widerstandsfähigkeit (HexrGenerarionEU)*⁴, das für die soziale und wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie eingerichtet wurde. Wichtig ist, dass die im STF enthaltenen Mittel der NextGenerationEU bis Ende 2026⁵ ausgezahlt werden müssen, was der einmaligen und zielgerichteten Logik des Instruments entspricht. Der Rest des FST wird nach den Regeln des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027, dem Mehrjahreshaushalt der Europäischen Union, verwaltet, d. h. er kann bis 2029 in Anspruch genommen werden (gemäß der n+3⁶-Regel). Der FST-Haushalt beläuft sich für 2022 auf **19,8 Mrd. EUR in laufenden Preisen**⁷, wovon 10,89 Mrd. EUR aus der *HexrGenerarionEU* und 8,9 Mrd. EUR aus dem MFR stammen⁸. Diese Mittel werden auch auf nationaler Ebene durch Zuweisungen aus den Staatshaushalten aufgestockt.

² Die Verordnung (EU) 2021/1056 des Europäischen Parlaments und des Rates über FSTs trat am 1. Juli 2021 in Kraft, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1056>

³ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0021>

⁴ https://next-generation-eu.europa.eu/index_pl

⁵ [Laut der Website der Europäischen Kommission](#)

⁶ [N+2 für 2027, mehr allgemeine Finanzvorschriften für die Regionalpolitik](#)

⁷ 17,5 Milliarden Euro in Preisen von 2018

⁸ [Gerechter Übergangsmechanismus - Leistung](#)

Die Verteilung der Mittel auf die Mitgliedstaaten basiert auf einem Algorithmus⁹, der folgende Kriterien berücksichtigt: wirtschaftliche Kriterien (Treibhausgasemissionen, Torfproduktion, Schieferölproduktion), soziale Kriterien (Beschäftigung in Regionen mit hoher Kohleproduktion und hohen Emissionen) und das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf (gewichtet, so dass die nationalen Anteile die Differenz zwischen dem BNE pro Kopf eines Mitgliedstaats und dem durchschnittlichen BNE pro Kopf der EU insgesamt widerspiegeln). Die größten Begünstigten sind: Polen, Deutschland, Rumänien und die Tschechische Republik¹⁰.

Der STF ist Teil der Kohäsionspolitik und ergänzt deren Hauptinstrumente: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) und Kohäsionsfonds (KF). Er unterliegt der so genannten *geteilten Verwaltung*, d. h. der Bündelung der Zuständigkeiten der regionalen, lokalen und zentralen Verwaltungen. Dies entspricht den Ideen der Bottom-up-Planung für einen gerechten Wandel und der Mitentscheidung der lokalen Gemeinschaften.

Gleichzeitig ist der FST Teil des so genannten *Fair-Transformation-Mechanismus*, eines Konzepts, das Zuschussinstrumente mit Darlehen an den privaten und öffentlichen Sektor kombiniert. Mit diesem Ansatz soll sichergestellt werden, dass die Aktivitäten vielfältig sind und sich nicht nur auf nicht rückzahlbare Zuschüsse stützen, sondern auch durch privates Kapital unterstützt werden. Auf diese Weise soll der gerechte Wandel zu einem Katalysator für verschiedene Arten von *Unternehmungen* in so genannten *benachteiligten Gebieten* werden. Die Europäische Kommission schätzt, dass auf diese Weise mehr als **55 Mrd. EUR**¹¹ mobilisiert werden können, was zur wirtschaftlichen Diversifizierung, zur Erhöhung der Lebensqualität und letztlich zur Vermeidung demografischer Probleme (d. h. Bevölkerungsabwanderung) in den Übergangsgebieten beitragen wird.

Die Schaffung des *fairen Umwandlungsmechanismus* basiert auf den Erfahrungen früherer Umwandlungen im Zusammenhang mit der Deindustrialisierung in europäischen Ländern, als die wirtschaftlichen Anreize in den vom Ausstieg betroffenen Bereichen (z. B. Bergbau) nicht ausreichten, um das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zu halten. Gleichzeitig handelt es sich um eine Maßnahme, mit der die Erklärung der Europäischen Kommission, bei der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals "*niemanden vor den Kopf zu stoßen*", in die Praxis umgesetzt werden soll (siehe *Abbildung 1*).

⁹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/pl/qanda_20_66/QAN-DA_20_66_DE.pdf

¹⁰ Offene Datenplattform für den Zusammenhalt - *Fonds für gerechte Übergänge (JTF)*

¹¹ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism_de

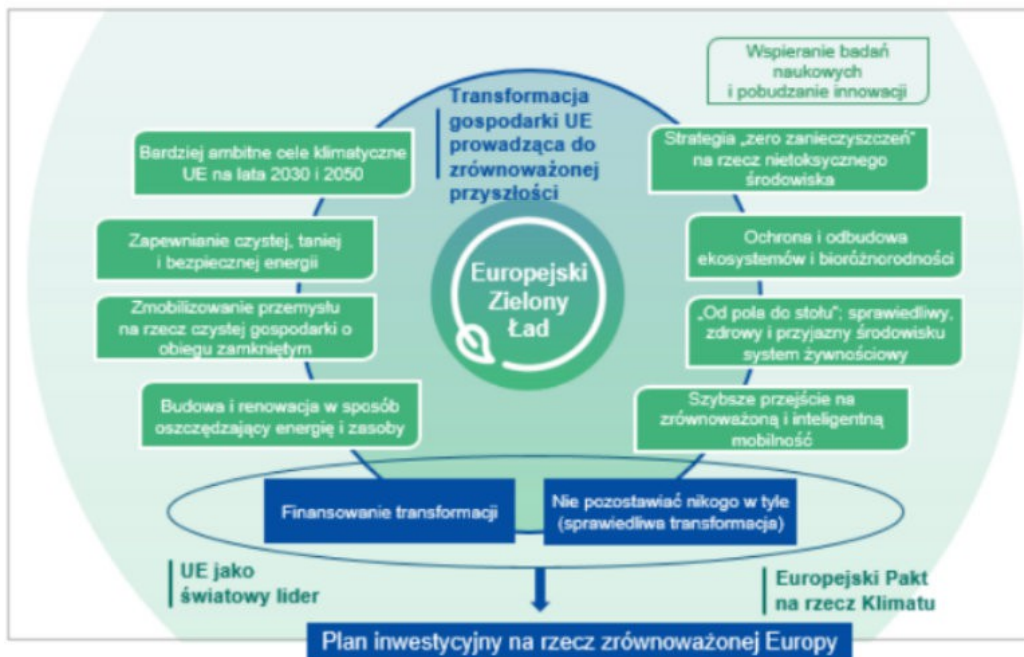


Abbildung 1: Der europäische Green-Deal-Investitionsplan, Quelle: Europäische Kommission.

B. Grundsätze für die Inanspruchnahme des Fonds

Gemäß der Verordnung zur Einrichtung des FST soll der faire Übergangsmechanismus "zur Abmilderung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Union bis 2050, insbesondere auf die betroffenen Arbeitnehmer, beitragen, indem die Haushaltsausgaben der Union auf Klima- und Sozialziele auf regionaler Ebene ausgerichtet werden (...)".

Wie bereits erwähnt, wurden zur Ermittlung der betroffenen Regionen nicht nur die Kriterien des Umfangs der Kohle- und Braunkohleförderung oder der Torf- und Ölschieferproduktion herangezogen, sondern auch der Umfang der Industrieemissionen, die Beschäftigung in der Industrie und das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung. Infolgedessen zielt das FST im Prinzip sowohl auf Kohle- als auch auf Industrieregionen mit hoher Treibhausgasintensität (z. B. im Zusammenhang mit der Stahlproduktion) ab - siehe *Abbildung 2*.

Gemäß der Entscheidung der Europäischen Kommission entsprechen die für den STF in Frage kommenden Gebiete den NUTS3-Gebieten (gemäß der EU-Klassifikation¹²), was im Falle der polnischen Verwaltungsgliederung den Subregionen (unterhalb der Woiwodschaften) entspricht. Die Entscheidung über die Auswahl der endgültigen Regionen, die für die Beantragung des Fonds in Frage kommen, erfolgte im Rahmen des Dialogs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten (auf der Grundlage des ersten Vorschlags der Kommission von 2020¹³).

Nach dem Wortlaut der Verordnung handelt es sich bei diesen Gebieten um die Gebiete, die am stärksten von den wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Umstellung betroffen sind, insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Anpassung der Arbeitnehmer oder den zu erwartenden Verlust von Arbeitsplätzen in der Produktion und Nutzung fossiler Brennstoffe und im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Produktionsprozesse in den Industrieanlagen mit der höchsten Treibhausgasintensität umzustellen".

Die Intensität der Subventionen für die Regionen variiert je nach Entwicklungsniveau, ausgedrückt als BIP-Wachstum im Verhältnis zum EU-Durchschnitt (was für einige polnische Subregionen ein Problem darstellt, wie z. B. Ost-Wielkopolska, das administrativ einer NUTS3-Kategorie entspricht, aber aufgrund seiner Lage in einer wohlhabenden Woiwodschaft (NUTS2) eine geringere Subvention erhält). Die Unterscheidung ist wie folgt:

- bis zu 85 % für weniger entwickelte Regionen,
- bis zu 70 % für Regionen im Übergang,
- bis zu 50 % für stärker entwickelte Regionen.

Als Voraussetzung für den Zugang zu den FST mussten die Länder (für die von der festgelegten Regionen) *territoriale Pläne für die faire Umgestaltung (TPST)* vorlegen,

¹² <https://stat.gov.pl/statystyka-regionalna/jednostki-terytorialne/klasyfikacja-nuts/?pdf=1>

¹³ [Europäisches Semester 2020 Übersicht über die Investitionsausrichtung des Fonds für gerechte Übergänge 2021-2027 nach Mitgliedstaaten \(Anhang D\)](#)

gemäß dem der Verordnung beigefügten Muster. In den Plänen wird unter anderem beschrieben, wie der Kohlenstoff-Fußabdruck des Gebiets bis zum Jahr 2030 verringert werden soll (in Ermangelung solcher Informationen wurde keine Unterstützung gewährt), welche sozialen (vor allem in Form von Arbeitsplatzverlusten infolge von Werksschließungen), ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Prozess haben wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um diese zu mildern. Ein wichtiges Element, das einige regionale Behörden herausforderte, war die Hinzufügung einer Beschreibung des auf nationaler Ebene stattfindenden Transformationsprozesses, einschließlich eines Zeitplans und von Meilensteinen für die Transformation hin zu den Energie- und für 2030 (erforderliche Kohärenz des TPST mit den wichtigsten strategischen Dokumenten auf nationaler und regionaler Ebene).

Bis Dezember 2022 wurden schließlich 96 europäische Regionen¹⁴ von der Ko-Mission für eine Förderung aus dem Fonds zugelassen und befinden sich nun in der Umsetzungsphase. Die Regionen, die im Rahmen der genehmigten TPST Mittel erhalten haben, sind in *Abbildung 2*¹⁵ markiert.

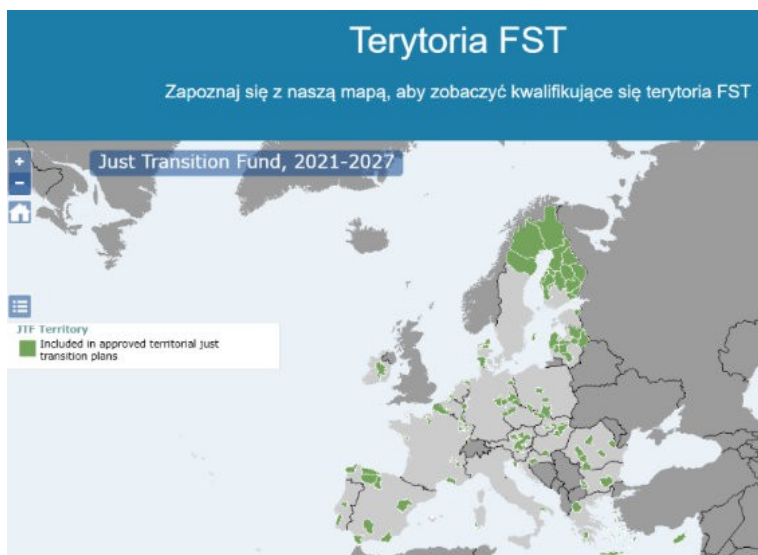


Abbildung 2: Geförderte Regionen, Quelle: Europäische Kommission.

¹⁴ [Konferenz der Just Transition Platform beginnt in Brüssel, um die Auswirkungen des Just zu diskutieren](#)Fund in den EU-Regionen

¹⁵ https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/just-transition-fund/just-transition-platform_en#:~:text=COHESION%20AND%20REFORMS-,JTF%20territories,-Explore%20our%20map

Der Fonds ermöglicht ein breites Spektrum an Investitionen, sei es in Infrastruktur, Umwelt- und Klimaprojekte oder Sozial- und Bildungsprojekte. Breite Kategorien von Länder- und Regionalförderungen unterlagen bilateralen Vereinbarungen zwischen nationalen Behörden und der Europäischen Kommission (z. B. erhielten einige Länder keine Genehmigung für Investitionen in Tourismusdienstleistungen aus dem Fonds).

Die in der Verordnung¹⁶ definierten Kategorien gehen von den folgenden Kategorien von Projekten aus:

- produktive Investitionen in KMU, einschließlich Kleinstunternehmen und Neugründungen, die zu wirtschaftlicher Diversifizierung, Modernisierung und Umstrukturierung führen;
- Investitionen in die Gründung neuer Unternehmen, auch durch Gründerzentren und Beratungsdienste, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen;
- Investitionen in Forschungs- und Innovationstätigkeiten, einschließlich derjenigen, die von Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen durchgeführt werden, sowie Maßnahmen zur Förderung des Transfers von Spitzentechnologien;
- Investitionen in die Einführung von Technologien sowie in Systeme und Infrastrukturen für erschwingliche saubere Energie, einschließlich der Einführung von Energiespeichertechnologien, und in die Verringerung der Treibhausgasemissionen;
- Investitionen in erneuerbare Energien und , auch zur Bekämpfung der Energiearmut;
- Investitionen in intelligente und nachhaltige lokale Mobilität, einschließlich der Dekarbonisierung des lokalen Verkehrssektors und seiner Infrastruktur;
- Renovierung und Modernisierung von Fernwärmenetzen zur Verbesserung der Energieeffizienz von Fernwärmesystemen und Investitionen in die Wärmeerzeugung, sofern die Wärmeerzeugungsanlagen ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen gespeist werden;
- Investitionen in Digitalisierung, digitale Innovation und Konnektivität;
- Investitionen in die Wiederbelebung und Dekontaminierung degradierter Gebiete, die Wiederherstellung der Funktionen von Gebieten und gegebenenfalls Projekte zur Schaffung grüner Infrastruktur und zur Änderung der Flächennutzung - unter Berücksichtigung des Grundsatzes der "Der Verursacher zahlt";

¹⁶ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1056>

- Investitionen in die Stärkung Kreislaufwirtschaft, unter anderem durch Abfallvermeidung und -reduzierung, Ressourceneffizienz, Wiederverwendung, Reparatur und Recycling;
- Fortbildung und Umschulung von Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden;
- Unterstützung bei der Arbeitssuche für ;
- aktive soziale Eingliederung von Arbeitssuchenden;
- andere Maßnahmen in den Bereichen Bildung und soziale Eingliederung, einschließlich - sofern angemessen gerechtfertigt - Investitionen in die Infrastruktur von Ausbildungszentren und Einrichtungen für Kinderbetreuung und Altenpflege;
- technische Hilfe, d. h. Finanzierung von Expertenunterstützung und speziellen Analysen.

Die Fortschritte der Länder bei der Verwendung der FST-Mittel können über das EU-Kohäsionsdatenportal verfolgt werden. Die verfügbaren Daten zeigen, dass die Programmierung und Auszahlung der FST-Mittel insgesamt erst im Jahr 2024 an Dynamik gewonnen hat. 2023 wurden nur 6,2 % der gesamten Fondsmittel in Anspruch genommen, während diese Zahl im Jahr 2024 auf 30,2 %¹⁷ anstieg. Es sei darauf hingewiesen, dass dies für die Hälfte der laufenden finanziellen Vorausschau immer noch ein recht niedriges Absorptionsniveau ist.

Die Umstände, die zu dieser geringen Inanspruchnahme führen, sind unterschiedlich: Einige Länder haben noch nicht damit begonnen, den Fonds bis 2024 zu nutzen (ein Beispiel dafür ist Bulgarien, wo sich die Einreichung des TPST aufgrund der instabilen politischen Lage im Vergleich zu anderen Ländern stark verzögert hat), während andere Länder Probleme haben, eine ausreichende Anzahl von umsetzungsreifen Projekten zu sammeln. Ein weiteres Problem, das von den an der Programmierung und Auszahlung von EU-Mitteln Beteiligten hervorgehoben wurde, ist die Überschneidung der zulässigen Investitionskategorien zwischen dem TPST und den anderen kohäsionspolitischen Fonds (hauptsächlich EFRE und ESF+), d. h. das Fehlen einer klar umrissenen Abgrenzungslinie. Dies kann zu Schwierigkeiten bei der Entscheidung (und Rechtfertigung) führen, in welchen "Finanzrahmen" ein bestimmtes Projekt einzuordnen ist.

Zwar gibt es in der Tat zwischen einigen der zulässigen Investitionen, doch ist es erwähnenswert, dass das FST darauf abzielt, die Unterstützung zu verstärken und mehr Aktivitäten anzubieten, die den lokalen Bedürfnissen entsprechen. Die Kriterien für die Förderfähigkeit von Ausgaben im Rahmen des FST legen einen größeren Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von Menschen aus im Niedergang befindlichen Branchen bei der Arbeitssuche und die Sanierung von Grundstücken,

¹⁷ Offene Datenplattform für den Zusammenhalt - [Fonds für gerechte Übergänge \(JTF\)](#)

die sehr oft einen hohen Finanzierungsaufwand und eine Zusammenarbeit mehrerer Institutionen erfordern. Der Fonds ist daher ein Instrument, mit dem dringlichsten Probleme angegangen werden können, die mit den Aktivitäten (und dem Aussterben) des Sektors der fossilen Brennstoffe zusammenhängen, und das Flexibilität bei den Interventionen bietet. Die territoriale Dimension des FST wird häufig als zusätzlicher Nutzen dieses Fonds hervorgehoben.

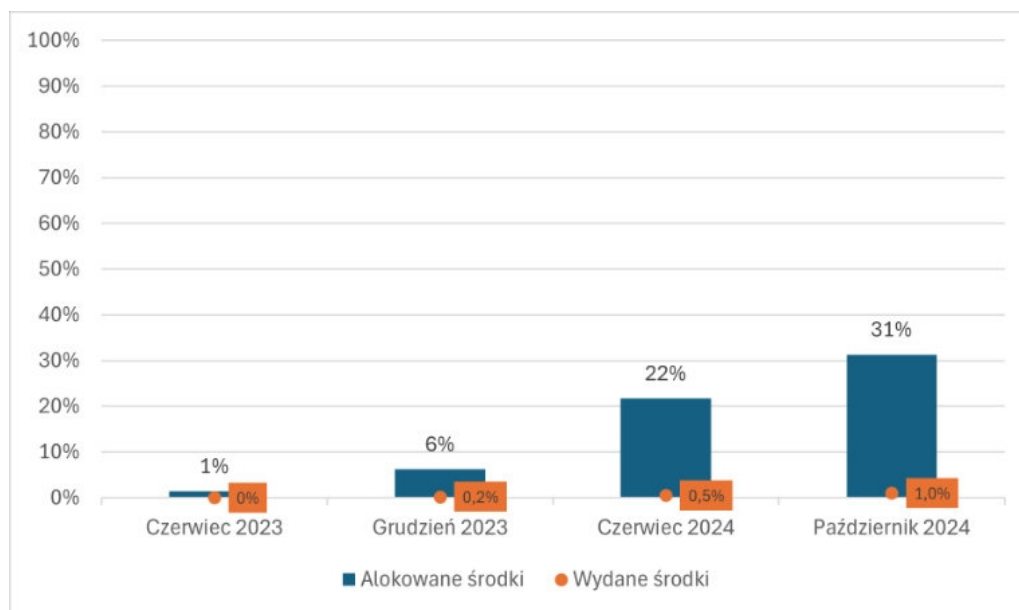


Abbildung 3: Fortschritte bei der Vergabe von FST-Mitteln, Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der FST-Mittel der EU plus Eigenbeiträge der Staaten, insgesamt 26,6 Mrd. PLN, Quelle: Kohäsionsdatenportal.

C. Management-Modell

Alle diese Fonds werden nach dem Prinzip *der geteilten Verwaltung*¹⁸ verwaltet, was bedeutet, dass die Verantwortung für die Qualität der Ergebnisse sowohl bei der Kommission als auch bei den Mitgliedstaaten liegt. Die Leitlinien der Europäischen Kommission stellen den Mitgliedstaaten die Wahl des Verwaltungsmodells frei und lassen sowohl nationale als auch regionale Ansätze zu. In den Ländern, in denen die Umsetzung gewählt wird für

¹⁸ https://european-union.europa.eu/live-work-study/funding-grants-subsidies_pl#:~:text=Zarz%C4%85dza-ne%20wsp%C3%B3lnie%20mit%20Ländern%20UE

Auf der Ebene der regionalen Programme (z. B. in Polen und Deutschland) geschieht dies über die Kohäsionspolitik. Die Regionen geben bei der Ausarbeitung ihrer regionalen operationellen Programme (auch bekannt als regionale Programme des Europäischen Fonds) an, wie die Mittel der Kohäsionspolitik verwendet werden sollen. In den Regionen, die für das TPST in Frage kommen, ist zusätzlich eine Komponente für eine gerechte Transformation enthalten. Gleichzeitig ist das TPST ein eigenständiges Dokument¹⁹. Von zentraler und übergreifender Bedeutung ist die *Partnerswa*²⁰-*Vereinbarung*, in der alle für die wirksame Auszahlung der EU-Mittel erforderlichen Parameter festgelegt sind.

Die Kohäsionspolitik wird durch fünf wichtige, EU-weite politische Ziele (CP)²¹ bestimmt. Ergänzend zu dieser Komponente der fairen Transformation wurde ein sechstes spezifisches Ziel (CP6) hinzugefügt, das wie folgt lautet "Regionen und Bürger in die Lage versetzen, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft abzumildern". Es ist Sache der Regionen zu entscheiden, welche der sechs Ziele sie einbeziehen wollen (wie bereits erwähnt, sind einige Projekte gleichzeitig für mehrere Fonds förderfähig). Die im TPST enthaltenen Maßnahmen sollen ein kohärentes Ganzes bilden und können Investitionen beschreiben, die auch aus anderen Quellen als dem FST finanziert werden (z. B. aus den Säulen II und III des Mechanismus für faire Transformation oder dem Modernisierungsfonds). Den nationalen und regionalen Entscheidungsträgern bleibt ein großer Spielraum bei der Entscheidung, welche Interventionen als Umsetzung von CP6 gerechtfertigt sind.

Im Modell der geteilten Verwaltung ist die Verwaltungsbehörde für die Ausarbeitung der Strategie und anschließend für die Programmierung, Umsetzung, Bescheinigung, Überwachung und Bewertung der EU-Mittel zuständig. Definitionsgemäß ist dies der zuständige Minister oder eine andere Stelle der öffentlichen Verwaltung. Mindestens ein TPST pro Subregion (NUTS3) ist eine Voraussetzung für den Zugang zum FST. Gleichzeitig wurden die territoriale Dimension der Transformation, die Notwendigkeit einer Bottom-up-Vorbereitung der TPST und die Einbindung von Interessengruppen stark betont. In den folgenden Kapiteln wird das FST-Governance-Modell für Polen im Detail erörtert.

¹⁹ Polish Green Network, [Echte Partnerschaft nötig. Die Rolle der Begleitausschüsse in einem gerechten Übergangsprozess](#)

Die Vereinbarung umfasst Aktionslinien, die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), dem Kohäsionsfonds (KF), dem Fonds für den fairen Übergang (FST) und dem Europäischen Fonds für die maritime Wirtschaft, Fischerei und Aquakultur (EFMRA) finanziert werden. [Link zur Partnerschaftvereinbarung für Polen 2021-2027](#)

²¹ CP1: Ein intelligenteres Europa, CP2: Ein grüneres, kohlenstoffarmes Europa, CP3: Ein besser vernetztes Europa, CP4: Ein sozialeres Europa, CP5: Ein bürgernahes Europa

2. FST in Polen

A. Betrag und Begünstigte

Polen erhielt die größte Zuweisung aus dem FST, die sich in realen Preisen für 2022 auf **3,85 Mrd. €²²** beläuft, was fast **20 % des gesamten Fonds** entspricht.

Es wurden sechs territoriale Umgestaltungspläne²³ vorgelegt, die für die Regionen Schlesien, Niederschlesien (Teilregion Wałbrzych), Großpolen (Ostgroßpolen), Lublin, Łódź (Region Bełchatów) und Kleinpolen (Westmałopolska) erstellt wurden. Darüber hinaus beschloss der Vorstand der Woiwodschaft Niederschlesien, ein TPST für den Kreis Zgorzelec auszuarbeiten, in dem sich das Braunkohlebergwerk Turów²⁴ und das Kraftwerk befinden. Der Plan wurde jedoch nicht förmlich gemeldet, da beschlossen wurde, die Konzession für den Kohleabbau in diesem Bergwerk bis 2044²⁵ zu verlängern.

Als Ergebnis der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission erhielten schließlich fünf Regionen Zugang zu dem Fonds (wobei die Mittel für Kleinpolen dem Finanzrahmen für Śląskie hinzugefügt wurden):

- a) Woiwodschaft Schlesien (Unterregionen: Katowice, Bielsko, Tychy, Rybnik, Gliwice, Bytom und So- snowiec);
- b) Woiwodschaft Małopolskie (Unterregion Oświęcimski);
- c) Woiwodschaft Niederschlesien (Unterregion Wałbrzych);

²² Ursprüngliche Zuweisung in Preisen von 2018: 3,5 Mrd. EUR

²³ <https://www.gov.pl/web/fundusze-regiony/fundusz-sprawiedliwej-transformacji-do-ktorych-regio- now- trafi-support>

²⁴ Plan für die territoriale gerechte Umgestaltung der Woiwodschaft Niederschlesien 2021-2030, Bezirk Zgorzelec

²⁵ Vgl. dazu den Bericht der Instrat-Stiftung "Kohlendämmerung in Turow", 2024.

Der Plan beantwortet nicht ausreichend Frage, wie der Anteil der Kohle bis 2030 reduziert werden soll, wie die Instrat-Stiftung anmerkt: Der veröffentlichte Entwurf des Plans für die territoriale gerechte Umgestaltung enthielt Termine für das Ende der laufenden Ausbeutung der Lagerstätten in den Feldern Bełchatów und Szczerców, die im Jahr 2026 bzw. 2038 erfolgen soll.

d) Woiwodschaft Wielkopolskie (Ostgroßpolen, d. h. die Subregion Konin);

e) Woiwodschaft Łódzkie (Subregion Bełchatów) - bedingt²⁶.

Der TPST für die Provinz Łódź wurde von der Europäischen Kommission wegen unzureichender Angaben zu den Zwischenzielen für die erklärte Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 angefochten. Es wurde vereinbart, dass der Zugang unter Vorbehalt gewährt wird und die regionalen Behörden den Plan um die fehlenden Daten ergänzen. Im Dezember 2024 genehmigte die Europäische Kommission den aktualisierten Inhalt des TPST²⁷.

Ein Sonderfall der Region, die Unterstützung erhielt, ist die Region West-Malopolska - dort befinden sich nur zwei Steinkohlebergwerke²⁸ mit geplanten Schließungsterminen in den Jahren 2040 bzw. 2049²⁹, d. h. außerhalb des zeitlichen Geltungsbereichs der FST-Intervention (der Fonds wird auf jeden Fall bis 2027 tätig sein, mit der Aufgabe, die Auswirkungen von Aktivitäten abzumildern, die in der Perspektive 2030 stattfinden). Es wurde jedoch berücksichtigt, dass die in der Woiwodschaft Schlesien stattfindenden Dekarbonisierungsprozesse die Wirtschaft der Teilregion Oświęcim aufgrund der starken wirtschaftlichen und sozialen Bindungen zwischen den Regionen beeinflussen werden (ein erheblicher Prozentsatz der Menschen aus der Teilregion Oświęcim arbeitet in der Woiwodschaft Schlesien). Im Falle der Teilregion Wałbrzych hingegen zielt die Unterstützung auf den Wiederaufbau der Infrastruktur und des sozialen Gefüges ab, die durch die rasche und unvollendete Transformation im Zusammenhang mit der Schließung vieler Industrieanlagen (einschließlich Kohle) in den 1990er Jahren beschädigt wurden.

Die Woiwodschaft Lubelskie erhielt keine Unterstützung. Zur Begründung führte die Europäische Kommission an, dass die derzeitige Bogdanka-Mine in dem Gebiet voraussichtlich bis 2049 in Betrieb sein wird und das Unternehmen plant, ab 2026 mit dem Abbau von Kokskohle zu beginnen, was nicht als Maßnahme zur Beschleunigung des grünen Wandels in der Region und zum Aufbau einer klimaneutralen Wirtschaft angesehen werden kann³⁰.

²⁷ [Nach den Informationen auf der Website des Marschallamtes der Region Łódzkie](#)

²⁸ ZG Brzeszcze und ZG Janina

²⁹ Bitte beachten Sie, dass die angegebenen Termine auf dem so genannten Sozialabkommen beruhen, das nicht rechtsverbindlich ist, und dass sich der Zeitplan aufgrund veränderter rechtlicher und marktbezogener Umstände (einschließlich der ausstehenden Entscheidung der Europäischen Kommission über die im Rahmen der Notifizierung staatlicher Beihilfen angemeldete Bergbausubventionsregelung) ändern kann.

[Artikel des Polnischen Grünen Netzwerks über die Umstände der Nicht-Zuteilung von Fördermitteln für zwei Regionen](#)

Die Zuweisungen pro Region sind wie folgt (Daten für 2022³¹):

Bereich Transformation	M Milliarden Euro
Woiwodschaft Schlesien	2,216
Teilregion Wałbrzych	0,582
Ost-Großpolen	0,415
Unterregion Bełchatów	0,37
Westliches Kleinpolen	0,264
	3,85

Abbildung 4: FST-Zuweisung in den Regionen Polens, Quelle: Studie des Instituts für Reform auf der Grundlage von Daten der Europäischen Kommission.

B. Verwaltungsmodell für Polen gewählt

Die Wahl des Verwaltungsmodells fand im Juni 2022 statt. Drei Modelle³² wurden in Betracht gezogen: zentralistisch, regional und gemischt. Letztendlich wurde das regionale Modell gewählt. Das Hybridmodell sah die Ausarbeitung und Umsetzung eines zusätzlichen ^{3e}Nationalen Plans für eine gerechte Transformation^{3c} (NPST) vor, der Maßnahmen für mehrere Regionen gleichzeitig umfassen sollte. Der Entwurf des NPST enthielt Vorschläge für bereichsübergreifende Maßnahmen wie den Aufbau einer nationalen Plattform für Co-Working, die Ausarbeitung von Reformvorschlägen für die Gesetzgebung zur Verbesserung des gerechten Übergangsprozesses, den Aufbau von Verwaltungskapazitäten und die Verbreitung bewährter Verfahren für die Bewältigung des Transformationsprozesses sowie die Erstellung eines Inventars von Industriebranchen und Einrichtungen auf nationaler Ebene.

³¹ https://poland.representation.ec.europa.eu/news/385-ml-d-euro-dla-pieciu-polskich-regionow-2022-12-05_de

³² PWC, Bericht 2a - Bericht über die Governance-Mechanismen, 2021

³³ KPST-Projekt

Letztendlich ist der NTS nicht in Kraft getreten, obwohl ein kleiner Pool von Mitteln aus dem Staatshaushalt für diesen Zweck bereitgestellt wurde. Infolge der Entscheidung für das regionale Modell *wurden als Verwaltungsbehörden* für den STF die Marschallämter der Woiwodschaften und *zwischengeschaltete Stellen* (IB) eingesetzt, bei denen es sich meist um lokale Entwicklungsagenturen oder Woiwodschaftsarbeitsämter handelt.

In der Phase der Verhandlungen mit der Europäischen Kommission über den Umfang der Unterstützung war das Ministerium für Fonds und Regionalpolitik die wichtigste nationale Stelle, die für das FST zuständig war. Dies bedeutete, dass es die Prozesse zur Einreichung der TPST und zur Aushandlung der Partnerschaftsvereinbarung für 2021-2027 koordinierte, die festlegt, wie die Mittel der Kohäsionspolitik ausgegeben werden. Das Ministerium ist der Hauptkoordinator für die Auslegung der Bestimmungen der Verordnung zur Einrichtung des FST und der Verfahren im Zusammenhang mit der Auszahlung der Mittel. Es fungiert jedoch nicht als inhaltlicher Bezugspunkt für Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Tempo des Ausstiegs aus dem Bergbau oder der Energieerzeugung (diese Zuständigkeiten sind zwischen dem Ministerium für Klima und Umweltschutz, dem Ministerium für Staatsvermögen und dem Industrieministerium aufgeteilt). Aufgrund des bereichsübergreifenden Charakters der Maßnahmen des FST gibt es kein einziges Zentrum, das mit den Regionen zusammenarbeitet, um alle genannten Themen zu behandeln.

Das Polnische Grüne Netzwerk hat in dem Dokument *howy Fundusz Sprawiedliwej Transformacji - Poland must fight for it!*³⁴ über die Notwendigkeit geschrieben, die Funktion eines nationalen Bevollmächtigten *für den Just Transition Pro-* zess zu schaffen. Darin fordern wir, dass der Bevollmächtigte die Interessen der Regionen im Rahmen der nationalen Politik vertritt, die Absorption des STF durch die Regionen überwacht und als Gesprächspartner für europäische Institutionen, NGOs und regionale Behörden zum Thema STF fungieren kann. Zu den Aufgaben dieser Institution würde es gehören, die Auswirkungen der FST-Auszahlung zu überwachen, auf den Mangel an administrativen Ressourcen zu reagieren, Erfolge zu kommunizieren und die Kohärenz mit anderen Prozessen zu gewährleisten, die im Land im Rahmen der Energiewende stattfinden. Als Reforminstitut verbinden wir in einem Bericht mit dem Titel *"Sozialer Klimafonds - Milliarden für die Bekämpfung von Energie- und Transporterarmut"*³⁵ diese Notwendigkeit mit der Notwendigkeit, einen gerechten Übergang für die gesamte zu koordinieren. Wir empfehlen die Einrichtung eines Regierungsbevollmächtigten für eine gerechte Transition, für die

Polnisches Grünes Netzwerk, [Neuer Fonds für faire Transformation - Polen muss dafür kämpfen](#), 2024
Institut für Reform, [Sozialer Klimafonds - Milliarden für die Bekämpfung von Kraftstoff- und Verkehrsarmut](#), 2024

auf der Grundlage von Artikel 12 des Gesetzes vom 8. August 1996 über den Ministerrat, in den Strukturen der Kanzlei des Premierministers. Der Bevollmächtigte sollte für die Koordinierung der Vorbereitung und Umsetzung des Sozialen Klimaplanes verantwortlich sein, eine ganzheitliche Politik für alle Kohleregionen entwickeln, aktiv an der Umsetzung von Maßnahmen teilnehmen, die in der Aktualisierung des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NERP - das wichtigste Dokument zur Klima- und Energiepolitik, das derzeit überarbeitet wird) festgelegt sind, und an der Aktualisierung der Energiepolitik Polens und anderer Dokumente mit strategischem Charakter mitarbeiten.

Eine Verpflichtung, die sich aus den EU-Rechtsvorschriften und dem so genannten Durchführungsgesetz ergibt, ist die Einrichtung von Begleitausschüssen, die in allen Woiwodschaften tätig sind und in den Woiwodschaften, die Anspruch auf die FST haben, auch deren Überwachung umfassen. Der Ausschuss entscheidet über alle Fonds, aus denen die Kohäsionspolitik besteht, und die FST wird meist in speziellen Arbeitsgruppen diskutiert. Das Polnische Grüne Netzwerk schreibt mehr über die Rollen und Verantwortlichkeiten der Ausschüsse in der Publikation *Real partnership needed now. The role of monitor committees in the process of equitable transformation*³⁸. Es ist erwähnenswert, dass zu den Hauptaufgaben dieser Institution die Analyse der Fortschritte bei der Umsetzung der Programme (in diesem Fall der Programme der Europäischen Fonds), die Überprüfung, ob sie ihre Zwischen- und Endziele erreichen, und die Genehmigung der Projektauswahlkriterien und der Jahresberichte über die Umsetzung der einzelnen Programme oder der Bewertungspläne gehören³⁹.

Der Social Climate Plan ist eine Strategie für die Auszahlung von Mitteln aus dem Social Fund. Ziel des Fonds ist es, die Auswirkungen des ETS2-Emissionszertifikatssystems auf die am stärksten gefährdeten Interessengruppen durch die Umverteilung der durch den Verkauf dieser Zertifikate eingenommenen Mittel abzumildern. Der Plan ist darauf ausgelegt, Investitionen zu unterstützen, die die Widerstandsfähigkeit gegenüber den steigenden Kosten der Nutzung fossiler Brennstoffe nachhaltig erhöhen und die Auswirkungen steigender Preise für fossile Brennstoffe auf gefährdete Akteure abmildern, um so in der Zwischenzeit, bis diese Investitionen abgeschlossen sind, die Verkehrs- und Energiearmut zu bekämpfen.

Gesetz vom 28. April 2022 über die Regeln für die Durchführung der aus den Fonds finanzierten Aufgaben europäischen in der Finanziellen Vorausschau 2021-2027, Dz.U. 2022 Punkt 1079:

³⁸ <https://sprawiedliwa-transformacja.pl/2022/09/28/1945/>

Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für den fairen Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie den Finanzvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument zur finanziellen Unterstützung der Grenzverwaltung und der Visumpolitik

3. Die Zukunft der FST

A. Bewertung des mehrjährigen Finanzrahmens und Verfahren zur Halbzeitüberprüfung

Die derzeitige Form des MFR und des FST ist nicht ein für festgelegt. Ab 2025 werden mehrere Evaluierungsprozesse anlaufen, die zu Änderungen sowohl innerhalb der künftigen als auch der aktuellen Finanziellen Vorausschau führen können.

Die aus dem EFRE, dem ESF+, dem Kohäsionsfonds und dem FST geförderten Programme unterliegen einer sogenannten Halbzeitüberprüfung durch den Mitgliedstaat, deren Ergebnisse in dieser Finanziellen Vorausschau der Kommission bis Ende März 2025 vorgelegt werden müssen. Die Überprüfung findet etwa in der Mitte der jeweiligen Finanziellen Vorausschau statt und zielt darauf ab, die Annahmen im Hinblick auf neue Herausforderungen (die sich aus Veränderungen der geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage oder aus länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission ergeben) zu aktualisieren. Die Ergebnisse sollten Vorschläge für Änderungen in den Landesprogrammen der Europäischen Fonds (einschließlich einer Änderung der Ziele) und Vorschläge für die Verwendung des sogenannten ⁴¹ *Elastizitätsquotienten* enthalten. Sobald ein Vorschlag für ein überarbeitetes Programm vorgelegt wird, hat die Kommission vier Monate Zeit, den Vorschlag zu genehmigen und bis Ende 2026 einen Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung zu erstellen, der dann dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU vorgelegt wird. Die Überprüfung umfasst auch eine Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der in der CRPD dargelegten Strategien und Maßnahmen.

Die FST unterliegt auch einer speziellen Überprüfung auf EU-Ebene durch die Europäische Kommission. Dies ergibt sich direkt aus den Bestimmungen der Gründungsverordnung (Artikel 4⁴²). Die Ergebnisse sollen dem Europäischen Parlament und dem EU-Rat bis Juni 2025 vorgelegt werden, mit einer möglichen

⁴¹ Für Programme im Rahmen Ziels "Investitionen in Beschäftigung und Wachstum" wird ein Betrag in Höhe von 50 % des Beitrags für 2026 und 2027 (nachstehend "Flexibilitätsbetrag" genannt) für jedes Programm in jedem Mitgliedstaat vorgemerkt und dem betreffenden Programm erst dann endgültig zugewiesen, wenn die Kommission im Anschluss an die Halbzeitüberprüfung einen entsprechenden Beschluss gefasst hat, Artikel 86 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1060>

⁴² Artikel 4, Verordnungen zur Einrichtung des FST, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/PL/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1056>

Vorschlag für Gesetzesänderungen. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich um die erste Ausgabe dieses Fonds handelt, sind Korrekturen und Verbesserungsvorschläge, die sich aus diesem Prozess ergeben, zu erwarten.

B. Vorbereitungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2028-2034

Trotz des scheinbar weit entfernten Starttermins des neuen mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034 laufen die Diskussionen über mögliche Änderungen seit 2023. Die Hauptanliegen, die die neue Kommission in Angriff nehmen wird, sind: a) unzureichende Mittel im gemeinsamen Haushalt der Union, um die Ziele des Europäischen Green Deal 2030⁴³ zu erreichen; b) die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Finanzierung einer neuen Industriepolitik, deren Rahmen 2025 bekannt gegeben werden soll; c) die Notwendigkeit, angesichts der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine und potenzieller externer Bedrohungen für die Union Mittel für die Verteidigung bereitzustellen.

Als Reaktion auf diese Herausforderungen wird eine stärkere Zentralisierung der Mittelverwaltung in Erwägung gezogen sowie die Wiederholung einiger der Grundsätze, die auf das Instrument für Wiederaufbau und Resilienz angewandt wurden (z. B. Konditionalität und der Ansatz für Auszahlungen, der gemeinhin als "Mittel für Reformen" bezeichnet wird). Nach diesem Konzept hat der EU-Haushaltskommissar die Aufgabe, die Ausarbeitung eines einzigen, kohärenten Plans für die Auszahlung von EU-Mitteln für jedes zu leiten, der den wichtigsten strategischen Zielen der Union entspricht und Investitionen mit Strukturreformen verknüpft⁴⁴. Kurz gesagt handelt es sich dabei um eine Vision, die sich von einer Bottom-up-Politik auf der Grundlage einer Reihe gemeinsamer EU-Fonds-Programme, die zwischen den Mitgliedstaaten entsprechend den Zuteilungsindikatoren aufgeteilt werden, hin zu einer Entwicklung entlang strategischer Achsen für die EU mit einer festgelegten Gesamtuweisung auf nationaler Ebene bewegt.

Die Legislativvorschläge für die WFR 2028-2034 werden voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 vorgelegt, womit eine etwa zweijährige Verhandlungsphase beginnt

Mitteilung der Kommission an Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen "Auf dem Weg zu einer grünen, digitalen und widerstandsfähigen Wirtschaft: Unser Modell für europäisches Wachstum", KOM(2022) 83 endgültig, Brüssel, 2022

In der Absichtserklärung von Kommissar Piotr Serafin heißt es: "Ein Plan für jedes Land, der die wichtigsten Reformen mit gezielten Investitionen in den Bereichen verknüpft, in denen EU-Maßnahmen am dringendsten erforderlich sind".

zwischen den EU-Gesetzgebern (zum Beispiel dauerten die Verhandlungen über den MFR 2021-2027 von Mai 2018 bis Dezember 2020⁴⁵). In Anbetracht der sich dynamisch verändernden geopolitischen Lage und der Tatsache, dass die neue Kommission ihre Arbeit erst vor relativ kurzer Zeit aufgenommen hat, ist es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig, die Richtung des Wandels eindeutig zu bestimmen.

C. Ein neues Konzept für die Kohäsionspolitik - Stand der Diskussionen in der Europäischen Union

Die künftige Gestaltung der Kohäsionspolitik ist Gegenstand einer europäischen Debatte. Es gibt konkurrierende Ideen für eine stärkere Dezentralisierung mit einer stärkeren territorialen Dimension (mit einigen Reformen) und das oben erwähnte Konzept der Zentralisierung⁴⁶, das eine Abkehr von der geteilten Verwaltung hin zu einer zentralen Verwaltung durch die Kommission vorsieht. Der Zentralisierungsansatz wird von Deutschland und Polen sowie von Frankreich, Irland, Rumänien und Slowenien entschieden abgelehnt. Zu den Zentralisierungsideen gehört auch die Idee, die Kohäsionspolitik mit der Agrarpolitik zu verschmelzen, und zwar im Rahmen der so genannten "nationalen Pläne"⁴⁷. Eine umfassendere Beschreibung der europäischen Debatte, Verweise auf wichtige Berichte und unsere Empfehlungen zur Reform finden Sie im Bericht des polnischen Grünen Netzwerks mit dem Titel "*In the direction of green cohesion*"⁴⁸.

Unter den Diskussionsteilnehmern besteht - unabhängig von dem von ihnen unterstützten Konzept - ein allgemeiner Konsens über die Möglichkeit, die Effizienz der Kohäsionspolitik zu verbessern, und über die Notwendigkeit, einen besseren Weg zur Messung der positiven Auswirkungen der durchgeführten Interventionen zu finden, der über quantitative Kategorien wie die Absorptionsrate⁴⁹ hinausgeht.

Gleichzeitig wird die Kohäsionspolitik für ihre positiven Auswirkungen auf den Zusammenhalt und die territoriale Entwicklung, insbesondere in kleineren , gelobt. Als positiver Aspekt wird hervorgehoben, dass sie in vollem Umfang den Grundprinzipien der Union unterliegt, d. h. den Grundsätzen der Partnerschaft, der Subsidiarität und der Nichtbeeinträchtigung der Umwelt (*Do*

⁴⁵ [Langfristiger EU-Haushalt 2021-2027 - Kalender](#)

⁴⁶ Polnisches Grünes Netzwerk, "[Auf dem Weg zur grünen Kohäsion](#)", 2025

⁴⁷ <https://www.euractiv.pl/section/polityka-wewnetrzna-ue/news/polska-i-niemcy-mowia-jednym-glosem-mit-politischem-zusammenhalt/>

⁴⁸ Polnisches Grünes Netzwerk, "[Auf dem Weg zur grünen Kohäsion](#)", 2025

⁴⁹ Dies wird u.a. in der [Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen](#) festgestellt

ho Significant Marm), die die Grundlage für gute Investitionen ist. Es ist auch das demokratischste Finanzinstrument der Europäischen Union, das die regionalen Behörden und die Bürgerinnen und Bürger einbezieht und die Sichtbarkeit der EU-Maßnahmen in den lokalen Gemeinschaften gewährleistet. Gleichzeitig ist sie ein Katalysator für Klimaschutzmaßnahmen - dank ihr können Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels durchgeführt werden⁵⁰.

Der Standpunkt des Rates der Europäischen Union⁵¹ weist auf die Notwendigkeit hin, gezieltere und flexiblere Unterstützung zu leisten, insbesondere für weniger entwickelte Regionen. Der Rat fordert die Kommission auf, zu prüfen, wie die Bedürfnisse bestimmter Gebiete besser ermittelt werden können, wobei Herausforderungen wie der demografische Wandel, die Migration, der Klimawandel und seine negativen Auswirkungen sowie die grüne und digitale Transformation zu berücksichtigen sind. Er verpflichtet die Kommission außerdem, Möglichkeiten zur Stärkung der Ergebnisorientierung von Investitionen und der Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit dem Europäischen Semester (zyklische Empfehlungen der Kommission an die Mitgliedstaaten zur Haushalts- und Wirtschaftspolitik)⁵² zu entwickeln.

D. Wie geht es mit der FST weiter?

Einige Länder (z.B. Polen) fordern, den Fonds als eigenständiges Finanzinstrument beizubehalten und die Unterstützung für die Kohleregionen auf der Grundlage des bestehenden Fair Transition Mechanism⁵³ zu verstärken. Der Europäische Ausschuss der Regionen fordert, den Anwendungsbereich des FST auf den Automobilssektor auszuweiten, der mit finanziellen Problemen und Herausforderungen auf dem Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft konfrontiert ist⁵⁴. Das Polnische Grüne Netzwerk ist der Meinung, dass der Fair Transformation Fund

⁵⁰ Die EU-Vorschriften verpflichten die Mitgliedstaaten, 30 % ihrer Mittelzuweisungen in der laufenden finanziellen Vorausschau für diesen Zweck zu verwenden.

⁵¹ Stand: November 2023

⁵² https://commission.europa.eu/business-economy-euro/european-semester_pl

⁵³ <https://www.gov.pl/attachment/1cedea92-6622-4c16-8067-1120ed27a07b>

⁵⁴ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202301328, Punkt 48: " (...) weist darauf hin, dass ein Nachfolger der JTF - unter Berücksichtigung der Situation und der Auswirkungen auf die einzelnen Regionen, wie in der territorialen Folgenabschätzung festgelegt - die am stärksten betroffenen Regionen und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im bei der Suche nach neuen Geschäftsmodellen und deren Umsetzung in die Praxis sowie bei der Sicherstellung der Qualifikation und Ausbildung ihrer Arbeitskräfte unterstützen sollte

weiterhin ein Instrument sein, das in erster Linie für Kohle- und Industrieregionen bestimmt ist. Detaillierte Kommentare zu möglichen Änderungen und Modifikationen des FST und der Notwendigkeit der Fortführung des Fonds sind in dem Briefing mit dem Titel *"Fairer Transformationsfonds - Polen muss dafür kämpfen"*⁵⁵ enthalten.

4. Forschungsteil

A. Zielsetzung der Studie

Angesichts der oben beschriebenen bevorstehenden Herausforderungen ist es äußerst wichtig, die Funktionsweise des FST zu bewerten und so viele Informationen wie möglich über mögliche Verbesserungen zu sammeln. Ziel der für diesen Bericht durchgeführten Untersuchung ist es, den Stand der Umsetzung der FST in Polen zu bewerten und ihre Auswirkungen auf die Realität der Transformation in den Regionen aufzuzeigen. Auf der Grundlage von Interviews mit verschiedenen Interessengruppen in vier Provinzen (Schlesien, Niederschlesien, Lodz und Großpolen) beantworten wir die folgenden Fragen:

- Was sind die Herausforderungen bei der Umsetzung des Fonds in den Regionen? das gewählte Verwaltungsmodell? Was sind die Schwächen des derzeitigen Durchführungsprozesses und was sollte verbessert werden?
- Wie beurteilen die Beteiligten die Beteiligung der Öffentlichkeit, die Einbeziehung lokaler Akteure und die Wirksamkeit der Arbeit der Begleitausschüsse als Managementinstrument des FST?
- Schreitet der umfassendere Prozess der regionalen Dekarbonisierung so voran, wie es die TPST vorsieht? Welche Rolle spielt der Fonds als Katalysator für diesen Prozess? Bieten die vom FST finanzierten Projekte der Region umfassende Unterstützung bei der Dekarbonisierung und sind sie eine Antwort auf die Herausforderungen?
- Wie hoch ist die Wirksamkeit der durchgeführten Projekte? Wie hoch ist der Mehrwert des Fonds für die begünstigten Regionen?

⁵⁵ Polnisches Grünes Netzwerk, [Ein neuer Fonds für faire Transformation - Polen muss dafür !](#), 2024

⁵⁶ Das westliche Kleinpolen wurde nicht in die Studie einbezogen, da die Ausgaben mit den Ausgaben für die Woiwodschaft Schlesien kombiniert sind.

Wir sind davon überzeugt, dass gerade die Vertreter der Regionen und die unmittelbar an der Auszahlung des STF beteiligten Personen eine wichtige Informationsquelle für die Halbzeitbewertung der Herausforderungen des Fonds sind.

B. Elemente der Bewertung

Wir haben die Forschungsfragen in vier Hauptabschnitte unterteilt:

1. Management des FST-Umsetzungsprozesses

Wir haben die Befragten nach ihrer Einschätzung der Qualität der STF-Koordinierung auf regionaler Ebene und der Aktivitäten des Begleitausschusses gefragt. Außerdem wollten wir wissen, ob sie die Idee der Einrichtung einer Bevollmächtigtenfunktion auf nationaler Ebene befürworten⁵⁷ oder ob sie der Meinung sind, dass es eine solche Funktion nicht gibt, und ob die Bewohner und potenziellen Begünstigten in ihrer Region über den STF informiert werden.

2. Umsetzung

In diesem Abschnitt interessierten wir uns für die allgemeine Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung, für die Herausforderungen, mit denen die Beteiligten bei der Einreichung und Bewertung von Anträgen konfrontiert sind, für die Frage, wie der Zugang zum Fonds für kleinere Akteure (Unternehmen, lokale Regierungseinheiten (LGUs), NROs und andere) aussieht, und für die Frage, welche spezifischen Umsetzungsprobleme unsere festgestellt haben.

3. Wahrnehmungen der Dekarbonisierung in den Regionen und auf nationaler Ebene

Unser Ziel war es auch, die Wahrnehmung der Fortschritte bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft in den Regionen zu untersuchen. Wir waren daran interessiert, wie die Befragten die Fortschritte bei der Dekarbonisierung einschätzen und wie sie über den Prozess auf nationaler Ebene informiert sind.

Anmerkung des Verfassers: Die Frage nach dem Bedarf an einem nationalen FST-Bevollmächtigten/Vertreter war offen formuliert; während des Interviews haben wir keine Vorschläge gemacht, welche Aufgaben eine solche Person übernehmen könnte.

4. FST-Mehrwert

Schließlich fragten wir nach dem Mehrwert des STF, nach den Vorteilen, die der Region aus der Inanspruchnahme des Fonds erwachsen, und nach den Gefühlen gegenüber der hypothetischen Situation, dass die Unterstützung durch den STF nach Ablauf der aktuellen finanziellen Vorausschau nicht fortgesetzt wird (aufgrund der in den vorherigen Kapiteln beschriebenen unklaren Zukunft des Fonds). Während der Interviews kamen natürlich auch Informationen über die Bedenken der Befragten und Vorschläge für Abhilfemaßnahmen (insbesondere im Zusammenhang mit der bevorstehenden Überprüfung) zur Sprache. Wir haben diese in den Abschnitt "Empfehlungen der regionalen Akteure" aufgenommen.

C. Fundstücke

1. Lokale Bedingungen

Jede der untersuchten Regionen hat eine andere Geschichte, die mit der Kohle verbunden ist, und an anderen Punkt des Wandels (sowohl hinsichtlich des Zeitpunkts der Schließung der Bergbau- und Energieaktivitäten als auch hinsichtlich des Umfangs der Beschäftigung - mit Ausnahme der Teilregion Wałbrzych, wo diese Aktivität überhaupt nicht mehr existiert). Im Folgenden werden einige Informationen gegeben, um die Aussagen der Befragten in einen Kontext zu stellen. Es sei darauf hingewiesen, dass einige der Beteiligten an den Diskussionen über den FST teilgenommen haben, bevor der Fonds durch die EU-Verordnung formell eingerichtet wurde, und dass sie in den politischen Prozess sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eingebunden sind (Teilnahme an Treffen von Entscheidungsträgern in Brüssel und Zusammenarbeit mit anderen Kohleregionen in der Europäischen Union).

Woiwodschaft Schlesien:

Sie ist die größte der untersuchten Regionen, sowohl in Bezug auf das Territorium (sieben, die fast das gesamte Gebiet der Provinz umfassen), die Bevölkerung als auch den Umfang der Kohleindustrie. Wegen der entscheidenden Bedeutung der Kohle für das Elektrizitätssystem sind Entscheidungen über den Ausstieg aus der Kohleverstromung Sache der nationalen Behörden. Gleichzeitig sind die regionalen Behörden an wichtigen Diskussionen beteiligt, z. B. im Zusammenhang mit dem Sozialabkommen⁵⁸ über die Beendigung des . Die Region steht vor den größten Herausforderungen in Bezug auf Bergbaufolgeschäden (sowohl an der Bausubstanz aufgrund von Senkungen und der Bearbeitung des Gesteins als auch in den nachindustriellen Bereichen).

Die Bergbaugemeinden sind stark von den sozioökonomischen Auswirkungen der Schließung eines Kohle- oder Kraftwerks betroffen, da sie Steuereinnahmen aus dem Bergbau verlieren und sich negativ auf die Beschäftigung auswirken. Nach Angaben aus dem Jahr 2021 waren 61 057 Menschen im Bergbau beschäftigt. Die Schätzungen der so genannten "bergbaunahen Arbeitsplätze" in der Woiwodschaft Schlesien liegen zwischen 96,3 und 120 000 Arbeitsplätzen⁵⁹ (Stand 2021). Die regionalen Behörden haben Anfang 2019 eine umfassende öffentliche Konsultation zur FST-Programmierung eingeleitet und damit auf die Empfehlung der Europäischen Kommission reagiert, den Prozess zu "sozialisieren".

Ost-Großpolen:

Der Bergbau- und Energiekomplex hatte einen enormen Einfluss auf die Entwicklung der Region und insbesondere der Städte, in denen sich die Bergwerke und das Kraftwerk befinden. Die Stadt Konin entwickelte sich dank des Baus des Braunkohleindustriekomplexes. Seit Ende der 1990er Jahre ist jedoch ein Rückgang der Bergbauproduktion und der Beschäftigung im Bergbau zu verzeichnen, der sich 2019 mit der Einstellung des Betriebs des Kraftwerks Adamów (2018) und des Bergwerks Adamów (2021) beschleunigt hat. Derzeit unterhält das Bergbauunternehmen ZE PAK (Zespół Elektrowni Pątnów-Adamów-Konin) nur noch einen Tagebau - Tomisławice - und ein Braunkohlekraftwerk - Pątnów II. Die übrigen Anlagen wurden auf Biomassebefeuerung umgestellt oder geschlossen. Das Unternehmen plant außerdem den Bau eines erdgasbefeuerten Blocks. Im Jahr 2020 kündigten die Behörden der ZE PAK eine Strategie an, die das Ende der Braunkohleförderung und -verstromung bis 2030 vorsah⁶⁰, was die erste Erklärung Polens zum Ende der Kohleverbrennung in einem Harmonogramm im Einklang mit dem Pariser Abkommen war. Einige Jahre später wurde eine Beschleunigung des Prozesses angekündigt, so dass das Ende der Kohleverstromung nun 2025 geplant ist (mit einer möglichen Verschiebung auf 2026)⁶¹.

Ostgroßpolen wird oft als Vorreiter eines fairen Transports innerhalb der Europäischen Union genannt. Diesen Ruhm verdankt sie mehreren Faktoren: Der Kohlebergbau wird vor 2030 eingestellt, Vertreter der regionalen

⁵⁸ Die Vereinbarung, die eines der Elemente der Stakeholder-Beteiligung im Planungsprozess für den Wandel darstellt, wurde zwischen Vertretern der Regierungsseite, der Gewerkschaften, der Bergbauunternehmen und einem Vertreter der Bergbaugemeinden geschlossen.

⁵⁹ In der TPST der Woiwodschaft Schlesien enthaltene Daten 2030

⁶⁰ https://ri.zepak.com.pl/upload/files/kierunki_strategii_fin_v4.pdf

⁶¹ Wie von den Behörden des Unternehmens in der Sitzung des parlamentarischen Unterausschusses erklärt

Sie sind in den sozialen Dialog eingebunden und nehmen aktiv an den Sitzungen der Fair Transition Platform in Brüssel⁶² teil, und das Bergbauunternehmen hat Schutzprogramme ausgearbeitet, um auf die laufenden Entlassungen zu reagieren. Darüber hinaus hat die Region ihre eigene Strategie zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040⁶³ ausgearbeitet, die vom Marschallamt als offizielles Dokument der Provinz angenommen wurde. Die konkreten Ziele der Strategie lauten: Senkung der Emissionen um 55 % bis 2030, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf mindestens 32 % bis 2030 und Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 32,5 % bis 2030. Die Sorge um die Beschäftigten des Unternehmens ist der Erfolg der Gewerkschaften, die das Projekt initiiert haben, sowie zahlreicher anderer Akteure, die das Problem der laufenden Entlassungen öffentlich gemacht und das Konzept des Programms von unten nach oben vorbereitet haben. Es wurde 2024 unter dem Namen "Road to post-coal employment"⁶⁴ gestartet. Das von FST finanzierte Programm sieht die *Vermittlung* (d. h. die Bereitstellung von Berufsberatung in Verbindung mit der Bereitstellung eines neuen Arbeitsplatzes) für 2 200 Personen vor. Bemerkenswert ist, dass nicht nur die derzeit von Entlassungen betroffenen Personen Unterstützung beantragen können, sondern auch ehemalige Mitarbeiter der ZE-PAK-Gruppe (die zuvor entlassen wurden), Mitarbeiter von Branchen, die mit dem Bergbau und der Industrie verbunden sind.

-Energie und die Familienangehörigen der genannten Personen⁶⁵. Begünstigten können zwei Wege der Unterstützung nutzen: 1) subventionierte Beschäftigung an einem neuen Ort (durchschnittlich 150.000 PLN pro Person als Subvention für eine stabile Beschäftigung auf der Grundlage eines Arbeitsvertrags)⁶⁶ oder 2) ein Zuschuss für die Gründung eines Unternehmens oder einer sozialen Genossenschaft (mit einem Höchstwert von 120.000 PLN)⁶⁷. Gleichzeitig wurden dank einer Initiative aus der Region Bestimmungen in das polnische Gesetz über ein landesweites Unterstützungsprogramm für Beschäftigte der Stein- und Braunkohleindustrie eingeführt⁶⁸ (das sogenannte Gesetz des

https://ec.europa.eu/regional_policy/funding/just-transition-fund/just-transition-platform ⁶²en

⁶³ Board of the Wielkopolska Region, STRATEGIE FÜR KLIMANEUTRALITÄT WIELKOPOLSKA WSCHODNIA 2040, 2021

⁶⁴ <https://pracapoweglu.pl/>

⁶⁵ Mehr über die Teilnahmebedingungen für das Programm erfahren Sie hier: <https://pracapoweglu.pl/wp-content/uploads/2024/09/teilnahmeberechtigung-teilnehmer.pdf>

⁶⁶ Quelle, Entschließung des Begleitausschusses

Es ist zu beachten, dass die ZEPAK als Partner in diesem Projekt kein Lohnsubventionsbudget für Mitarbeiter anbieten kann, die den Weg 1) nutzen und eine Beschäftigung bei anderen ZE PAK-Einheiten aufnehmen, und daher keinen finanziellen Vorteil erhält.

⁶⁸ Entwurf eines Gesetzes über den sozialen Schutz der Arbeitnehmer in der Elektrizitätswirtschaft und im Braunkohlenbergbau

Abschirmung⁶⁹). Das Programm entspricht den bestehenden gesetzlichen Regelungen für Bergleute (Bergbau- und Energierenten sowie einmalige Barabfindungen). Das Programm wird aus dem Staatshaushalt finanziert. Die Kosten für das Schutzschildgesetz werden auf rund 1,3 Mrd. PLN geschätzt, wobei davon ausgegangen wird, dass die Unterstützung für mehr als 20.000 Personen in der gesamten Branche über einen Zeitraum von 10 abgedeckt wird. Da die Unterstützung von Marktunternehmen mit Sozialschutzmitteln als staatliche Beihilfe gilt, musste Polen die Genehmigung der Europäischen Kommission für die Ausgaben einholen. Diese wurde im Februar 2024⁷⁰ erteilt. Die Arbeitnehmer in Ost-Großpolen werden die ersten sein, die von der speziellen Absicherung profitieren⁷¹.

Teilregion Wałbrzych:

Die Geschichte der Transformation in dieser Region wird als Extremfall für die Vernachlässigung der sozioökonomischen Auswirkungen der industriellen Stilllegung angeführt. Nach der Schließung des Niederschlesischen Kohlebeckens (Dolnośląskie Zagłębie Węglowe) in den späten 1990er Jahren leidet die lokale Gemeinschaft unter einem niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, einer degradierten Infrastruktur, einem hohen Anteil an Kohle in der Fernwärmeversorgung und nicht sanierten Bergbau- und Industriegebieten. Die negativen Auswirkungen der Transformation sind in den aktuellen sozioökonomischen Indikatoren sichtbar, und der periphere Charakter der Region erschwert den Erhalt von Finanzmitteln für Investitionen (national oder EU). Die Behörden der Woiwodschaft und der Region (unter besonderer Beteiligung der Behörden von Wałbrzych) haben sich aktiv um die Aufnahme dieses Gebiets in das FST bemüht, was von der Europäischen Kommission begrüßt wurde.

Unterregion Bełchatów:

Die Wirtschaft der Region (d. h. der Subregion Piotrków und Sieradz in der Woiwodschaft Łódzkie) ist eine Monokultur, die sich stark auf den Bergbau und den konventionellen Energiesektor stützt. Das in diesem Gebiet tätige Unternehmen, PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna S.A. (PGE GiEK), mit Sitz in Bełchatów, ist das größte Unternehmen in der Region.

⁶⁹ Wortlaut des Gesetzes: <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/DocDetails.xsp?id=WDU20230001737>

⁷⁰ <https://www.green-news.pl/3902-KE--zatwierdzila-pomoc-publiczna-na-oslony-spoeczne-dla-pra-cc-Kunden-von-geschlossenen-Kraftwerken-und-Kohlebergwerken>

⁷¹ <https://instrat.pl/pierwsi-gornicy-ze-wsparciem-ustawy-oslonowej/>

ein Unternehmen des Energiesektors in Polen⁷². Zum Umwandlungsgebiet gehören zwei aktive Braunkohletagebaue (Szczerców und Bełchatów) und das Kraftwerk Bełchatów. PGE GiEK ist der größte Arbeitgeber in der Region mit 7 530 direkten und 5 500 indirekten Arbeitsplätzen⁷³ (Unternehmensschätzungen, Daten für 2020). Nach der neuesten Version der TPST⁷⁴ wird der Rückgang des Kohlebergbaus bis 2030 zu einem Rückgang der Beschäftigung um 40,4 % führen, was einen Rückgang der direkten Beschäftigung auf 4485 Personen bedeutet. Das Kraftwerk Bełchatów ist das größte kohlebefeuerte Kraftwerk in Europa und für die Erzeugung von etwa 17 % des Stroms im kommerziellen Stromsektor in Polen⁷⁵ verantwortlich. Als solches ist es eine zentral steuerbare Einheit, was bedeutet, dass es vom Übertragungsnetzbetreiber Polskie Sieci Elektroenergetyczne (PSE) zentral gesteuert wird. PSE beeinflusst indirekt die Entscheidungen des Unternehmens über die Instandhaltung seiner Erzeugungsanlagen (sowohl in Bełchatów als auch im Turoszów-Becken). Als staatliches Unternehmen ist PGE GiEK auch von nationalen Energiestrategien abhängig, die das Tempo des Übergangs weg von der Kohle bestimmen (wie das derzeit aktualisierte KPEiK⁷⁶). Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Diversifizierung im Umwandlungsgebiet haben die Entscheidungen des Unternehmens einen grundlegenden Einfluss auf die Zukunft der Region. Die Gemeinden in denen der Bergbau betrieben wird, erhalten aufgrund der besonders gravierenden Auswirkungen des Tagebaus auf Umwelt und Landschaft sehr hohe Zuschüsse zu ihren Haushalten aus der so genannten *Abbauggebühr*. Die Herausforderung wird darin bestehen, ein ähnliches Einnahmenniveau auch nach der Einstellung des Betriebs aufrechtzuerhalten.

Die Region ist mit einer außergewöhnlich hohen Entvölkerung und einer raschen Überalterung der Bevölkerung konfrontiert, was unter anderem mit der Abwanderung junger Menschen zusammenhängt, die keine lokalen Perspektiven sehen⁷⁷. Die Region ist auch durch ein niedriges Niveau an Vorgründungen, gemessen an der Zahl der registrierten REGON-Nummern pro 1.000 Einwohner, und eine hohe Frauenarbeitslosigkeit (insbesondere in Bełchatów Powiat) gekennzeichnet. Im Zusammenhang mit der schrittweisen Einstellung der Bergbautätigkeit wird es von entscheidender Bedeutung sein, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um die wirtschaftliche Aktivität der Menschen aufrechtzuerhalten

⁷² Za Instrat, "Gerechter Wandel in der Region Belchatow", 2021.

⁷³ Es wurde die historisch übliche Annahme Verhältnisses von 1:4 (1 Arbeitsplatz in einem Bergwerk= 4 Arbeitsplätze in der Region) getroffen, die möglicherweise zu hoch angesetzt ist, wie eine sorgfältige Analyse für die Woiwodschaft Schlesien zeigt.

⁷⁴ Regionalprogramm Europäische Fonds für Lodz 2021-2027, S. 366

⁷⁵ <https://elbelchatow.pgegiiek.pl/o-oddziala>

⁷⁶ <https://www.gov.pl/web/klimat/krajowy-plan-na-rzecz-energii-i-klimatu>

⁷⁷ Za Instrat, "Gerechter Wandel in der Region Belchatow", 2021.

heute im Kohlebergbau und in der Kohleverbrennung sowie⁷⁸ in der Sanierung von Umweltschäden tätig. Die Woiwodschaft Łódzkie liegt in Bezug auf die Fläche der zerstörten und degradierten Flächen, die saniert werden müssen, auf Platz 3 im Land.

Der TPST für Bełchatów wurde von der Europäischen Kommission wegen unzureichender Angaben zu den Zwischenzielen für die angegebene Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 angefochten. In der neuen Fassung des Plans⁷⁹ wies das Unternehmen einen geplanten Rückgang der Stromerzeugung aus schmutziger Kohle um 74,8 % bis 2030 aus, was einen erheblichen Ausstieg aus dem Betrieb bedeutet. Die Verzögerung und die seit langem herrschende Ungewissheit im Zusammenhang mit der bedingten Zuteilung von Mitteln hat dazu geführt, dass die Überlegungen über die Verwendung der Mittel und die genauen Auswirkungen des Kohleausstiegs noch nicht abgeschlossen sind.

2. Woiwodschaft Schlesien

Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen	61 057 Status für 2021
Zahl der Beschäftigten in der Energiewirtschaft	1717 Lage im Jahr 2029
Geplanter Arbeitsplatzabbau in der Perspektive 2030	12 342 ⁸⁰
Geplantes Datum der Beendigung des Kohleabbaus	2049
Geplanter Termin für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung	Nicht angegeben

Daten aus dem territorialen Plan für faire Transformation

⁷⁸ Nach TPST: "Für den Bau des Bergwerks wurden Wälder gerodet, Land von der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschlossen, Flussbetten verlegt, die Lagerstätte entwässert und ein 482 km² großer Depressionstrichter angelegt (2025 etwa 390 km²). Dies gefährdet das Grundwasser und verschärft die Trockenheit. Auch die Fläche der verwüsteten und degradierten Flächen, die einer Rekultivierung bedürfen, hat zugenommen (2019 liegt Łódzkie auf Platz 3 im Land)."

⁷⁹ Nach den Informationen auf der Website des Marschallamtes der Region Łódzkie

⁸⁰ Bis 2030 sollen weitere 2.499 Beschäftigte in Betriebe überführt werden und 1.847 Beschäftigte Rentenansprüche erwerben

1) Management des FST-Umsetzungsprozesses

Die Meinungen über die Verwaltung des Prozesses auf regionaler Ebene sind positiv, ebenso wie die Bewertungen der Leistung des Begleitausschusses. Die Befragten schätzen es, dass die zu konsultierenden Dokumente (Entschließungsentwürfe zur Genehmigung der Projektauswahlkriterien) im Voraus verschickt werden, so dass Kommentare abgegeben werden können. Es wurde auch festgestellt, dass der Konsultationsprozess vor der Einführung der FST⁸¹ in der Phase der Erstellung der TPST eingehend und umfassend war (Zitat: "die Arbeit wurde erledigt").

Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Idee, einen Bevollmächtigten auf nationaler Ebene zu ernennen, vorausgesetzt, diese Person verfügt über die entsprechenden Befugnisse und hat nur eine koordinierende und unterstützende Rolle. Die Hauptverantwortung sollte nach Ansicht der Befragten auf der Ebene der Regionalregierungen verbleiben. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten auf nationaler Ebene, die auf mehr als vier Ministerien verteilt sind, zu einem Gefühl des Chaos führt. Ein Befragter sprach sich entschieden gegen die Schaffung einer neuen Funktion auf nationaler Ebene aus.

Gleichzeitig wurde empfohlen, die Öffentlichkeit ausführlicher über die Tätigkeit des Begleitausschusses zu informieren und eine stärkere Beteiligung lokaler Führungskräfte zu erwägen, die die Besonderheiten und Bedürfnisse ihrer Gemeinden gut kennen.

In der Frage der Kommunikation mit den Einwohnern und potenziellen Nutznießern des FST besteht unter den Befragten kein eindeutiger Konsens. Einige sind der Ansicht, dass bereits Kommunikationsmaßnahmen durchgeführt werden, z. B. durch die regionale Beobachtungsstelle für Transformationsprozesse, und halten diese für ausreichend. Andere hingegen verweisen auf die Notwendigkeit einer breit angelegten Informationskampagne. Es wurde auch die Meinung vertreten, dass es an Informationen darüber mangelt, wie die investierten Mittel zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beitragen und ob die FST-Mittel tatsächlich für kohlenstoffarme Technologien ausgegeben werden (*nach Ansicht des Befragten sollte dies der Zweck der Mittel sein, obwohl, wie wir in Teil 1 darlegen, der Umfang der durch die FST zulässigen Investitionen viel breiter ist*).

⁸¹ Der Ausarbeitung des TPST ging eine öffentliche Konsultation voraus, um Bedürfnisse und Meinungen zum ersten Entwurf des Plans zu sammeln.

2) Umsetzung

Die Befragten weisen darauf hin, dass das relativ frühe Stadium der FST-Auszahlung eine umfassende Bewertung der Frage verhindert, ob die wichtigsten Ziele der Verordnung erreicht werden.

"Es gibt eine Reihe von Projekten in der Region, die gerade erst aus dem Boden schießen, bei denen sich die lokalen Behörden beispielsweise gerade erst darauf vorbereiten, das Gebiet zu übernehmen, indem sie mit den Anwohnern darüber sprechen, was in einem solchen Gebiet sein sollte."

Im Bereich der Projektdurchführung im Rahmen des FST wurde von einem Problem in Bergbaugemeinden mit Kohlebergwerken und Kohlekraftwerken berichtet, die nicht vor 2029 geschlossen werden (*der Frist für die Verwendung von Mitteln aus dem aktuellen mehrjährigen Finanzrahmen, unter dem das FST läuft - Anmerkung aurorki*). Einem Befragten zufolge können diese Gemeinden die FST in der aktuellen finanziellen Vorausschau nicht effektiv nutzen (d. h. Mittel für Infrastrukturinvestitionen, d. h. die Wiederbelebung von vernachlässigten Gebieten oder *unser* Programm zur beruflichen Aktivierung), da das Kraftwerk in Betrieb ist und der Termin für die Stilllegung noch in weiter Ferne liegt⁸³. Dies führt zu einer gewissen Frustration, einem Gefühl der Benachteiligung und Zukunftsangst in den Gemeinden, in denen die Einstellung der Bergbautätigkeit noch nicht vollzogen ist. Der folgende Kommentar wurde im Zusammenhang mit den oben genannten Gemeinden zitiert:

"Diejenigen, die am meisten betroffen sind, verstehen es nicht."

⁸² Definition: Arbeitsmarktdienstleistungen, die einem Arbeitnehmer während des Zeitraums der Kündigung eines , der von Entlassung bedroht ist oder aus Gründen, die im Zusammenhang mit dem Arbeitgeber stehen, innerhalb eines Zeitraums von höchstens 6 Monaten vor Beginn des Projekts angeboten werden. Outplacement kann insbesondere Folgendes umfassen: berufliche und psychologische Beratung, Unterstützung bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz, Finanzierung von Ausbildungs- und Umschulungskursen, , Maßnahmen zur Unternehmensgründung.

⁸³ Territorialer Plan für die gerechte Umgestaltung der Woiwodschaft Schlesien 2030, Von den 16 Bergwerken, deren Schließung im ursprünglichen Zeitplan für die Woiwodschaft Schlesien vorgesehen war, haben nur drei ein Schließungsdatum vor 2030 (ohne Berücksichtigung der Zusammenlegung von sogenannten "Bewegungen"/Bergwerken). Quelle, TPST Schlesische Woiwodschaft, S. 9, 2022

Gleichzeitig gab es eine Gegenstimme, die darauf hinwies, dass die FST gerade ein Mittel für Gemeinden ist, die in der Zukunft mit der Schließung von Bergwerken rechnen müssen, aber schon heute wirtschaftliche Alternativen schaffen müssen. Aus den Interviews lässt sich schließen, dass die Interpretation der FST-Möglichkeiten für diese Gemeinden zwischen Vertretern der Verwaltungsbehörde und den Begünstigten sehr unterschiedlich ausfällt. Ein Lösungsvorschlag besteht darin, einen vertieften Dialog mit den Vertretern der betroffenen Gemeinden in Erwägung zu ziehen, um das Gefühl der Benachteiligung frühzeitig bewältigen.

Der Zeitplan für die Schließung von Bergwerken in der Woiwodschaft Schlesien wird als problematisch bezeichnet. Den Befragten zufolge gibt es keine Gewissheit, dass er eingehalten wird. Sie stellen fest, dass er nicht mit den tatsächlichen Ereignissen auf dem Kohlemarkt übereinstimmt, wodurch der gesamte Prozess des fairen Übergangs an Vorhersehbarkeit verliert. Es wird auch befürchtet, dass die FST bei einer vorzeitigen, abrupten Schließung von Bergwerken keine Mittel für Abhilfemaßnahmen für die entlassenen Arbeitnehmer bereitstellen kann (die Arbeitnehmer der nach dem Zeitplan geschlossenen Bergwerke kommen in den Genuss von Sozialschutzmaßnahmen aus dem Staatshaushalt und von der FST finanzierten Maßnahmen, die im Voraus vorbereitet wurden).

Eine Reihe von Befragten stellt fest, dass die Verschuldung der lokalen Behörden sie daran hindert, die Mittel für den Eigenbeitrag aufzubringen, der für die Gewährung von Zuschüssen erforderlich ist. Ein Befragter stellt fest, dass die Qualität der beim Fonds eingereichten Projekte gering ist. Es wurde auch die Meinung geäußert, dass es an guten Erfolgsindikatoren für programmierte Projekte mangelt, um die Ergebnisse der gesamten Intervention eindeutig zu bewerten. Im Falle von Photovoltaikanlagen wird ein großer Teil der Investitionen in der Region durch den FST abgedeckt. Dies wird sowohl als Vorteil als auch als Nachteil hervorgehoben. Die Region hat eine interne Abgrenzung zwischen EFRE, ESF+ und FST vorgenommen und entschieden, dass die FST die günstigste Unterstützung für die Begünstigten bietet, und unterstützt nur einzelne Anlagen aus dieser Quelle. Dies wurde auch als "Geldverschleuderung" und als nicht sehr strategischer Einsatz der Mittel kritisiert (nach Ansicht des Befragten sollten Einzelinvestitionen in Photovoltaikanlagen aus anderen verfügbaren Mitteln finanziert werden, es sei denn, sie sind Bestandteil eines größeren Projekts, das den diagnostizierten Bedarf im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Region deckt). Die Fragmentierung der Maßnahmen und die fehlende Benennung von Vorzeigeprojekten

⁸⁴ Gemäß dem sogenannten Sozialvertrag, d.h. einer Vereinbarung zwischen der polnischen Regierung, den Bergbaugewerkschaften, den Vertretern der Bergbaugemeinden und den Bergbauunternehmen, die im Jahr 2021 unterzeichnet wurde, Quelle id.

Projekte. Der Befragte, der diese Meinung teilte, erwartete von der Verwaltungsbehörde, dass sie fünf kritische Investitionen festlegt, die die "Keimzelle einer neuen Wirtschaft" bilden und Arbeitsplätze für Zulieferer schaffen würden. Das Thema der strengen Vorschriften für staatliche Beihilfen als Hindernis für große Unternehmen, die FST effektiv zu nutzen, fand Anklang. In Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen wurde darauf hingewiesen, dass Investitionen, die jetzt getätigt werden, möglicherweise erst in einigen neuen Arbeitsplätzen bringen.

3) Wahrnehmungen der Dekarbonisierung

In allen befragten Regionen weisen die Befragten darauf hin, dass die Dekarbonisierung von Entscheidungen auf nationaler Ebene abhängt, wo es an Konsistenz und Klarheit über das weitere Schicksal des Prozesses mangelt. Gleichzeitig versichern die Befragten aus der Woiwodschaft Schlesien, dass das Thema Dekarbonisierung aufgrund eines veränderten Bewusstseins nicht mehr so umstritten ist wie früher. Ein Befragter weist darauf hin:

"(...) wir haben heute schon das Gefühl, dass es keine solche Beschwörung der Realität mehr gibt, dass wir noch 200 Jahre Kohle fördern werden".

Ein anderer Befragter hob die Bedeutung der Entscheidungen und Strategien der staatlichen Unternehmen hervor, die für den Abbau und die Verbrennung von Kohle zuständig sind. Er erklärte, dass ohne ihre Beteiligung ein gerechter Übergang nicht gelingen würde:

"Wie staatliche Unternehmen in einer Stadt agieren, sind sie die Hauptakteure, auch nach oder während des Übergangs."

In der Woiwodschaft Schlesien ist die Sorge groß, dass nach der Abschaltung der Kohleverstromung nicht genügend Energiequellen für die örtliche Industrie zur Verfügung stehen. Dies wurde als unklar bezeichnet. Als Beleg für die fortschreitende Dekarbonisierung in der Region verweisen die Befragten auf die Umstellung von kohlebefeuerter Wärmequellen in öffentlichen Gebäuden auf Gas und die Installation von Fotovoltaikanlagen auf Wohngebäuden (wobei sie auf die enormen Unterschiede in der Rate des Austauschs von Energiequellen zwischen größeren und kleineren Städten hinweisen, in denen immer noch eine große Zahl von minderwertigen kohlebefeuerter Heizkesseln in Betrieb ist). Auch die Verbesserung der Luftqualität wird erwähnt.

4) FST-Mehrwert

Trotz der oben genannten Einwände sehen alle Befragten Vorteile in der Anwendung des FST, insbesondere für Gemeinden, die bereits mit dem Aussterben von Pflanzen konfrontiert sind. Hier ist ein Kommentar dazu:

"(Der Fonds) ist eine solche praktikable Antwort, die sich an regionale Akteure richtet".

Auch die Dimension der Partizipation und der Sensibilisierung kommt zum Tragen: Nach Aussage einer Person hat die Planung des FST eine sehr große lokale Mobilisierung an der Basis und einen Dialog mit der Gemeinschaft ausgelöst. Alle Befragten äußerten sich sehr negativ über eine Situation, in der der Fonds nicht über 2027 hinaus fortbestehen würde.

Die genannten Vorteile sind:

- "Abschluss" von Übergangsprozessen in Gebieten, die zuvor keine angemessene Unterstützung für den Abschluss erhalten hatten, da sie von den nationalen und regionalen Behörden "allein gelassen" wurden;
- verfügbare Ressourcen für die Umschulung von Arbeitnehmern;
- Flexibilität bei der Mittelzuweisung und die Möglichkeit, die Maßnahmen auf die lokalen Bedürfnisse zuzuschneiden, einschließlich der Möglichkeit, sowohl Infrastrukturinvestitionen als auch weiche Investitionen zu tätigen;
- zusätzliche Mittel für kostspielige Projekte wie die Entwicklung von Bergbaufolgelandschaften und postindustriellen Standorten;
- zusätzliche Mittel für , mit dem Ziel der Klimaneutralität.

Die Befragten aus der schlesischen Region empfehlen:

— **Erhöhung der Chancen großer Unternehmen, staatliche Beihilfen und Entwicklungsgelder zu erhalten** - Schaffung flexiblerer Förderregeln, die auch auf die Bedürfnisse größerer Unternehmen zugeschnitten sind, so dass sie Mittel für Entwicklungs- und Mitarbeiterverlagerungsprogramme zwischen Standorten erhalten können.

— **Unterstützung für bergbaubezogene Unternehmen** - Unterstützung von Unternehmen, die Dienstleistungen und Produkte für die Bergbauindustrie anbieten, mit speziellen Mitteln, um neue Spezialisierungen zu entwickeln.

— **Öffnung der technischen Hilfe für neue Gruppen** - Zugang nicht nur für Vertreter der öffentlichen Verwaltung, sondern auch für Begünstigte außerhalb dieses Sektors und für Mitglieder des Begleitausschusses.

— **Einführung eines zweistufigen Aufrufs zur Einreichung von Projekten** - die Phase der Vorprüfung des Potenzials der Projekte sollte mit Hilfe von Datenblättern erfolgen, und erst dann sollte der Aufruf zur Einreichung von Projekten organisiert werden. Eine solche Vorauswahl wird es ermöglichen, die Initiativen mit dem größten Potenzial auszuwählen oder ähnliche Projekte zu konsolidieren.

— **Dialog mit Gemeinden, in denen das Aussterben nicht vor 2029 geplant ist** - Maßnahmen zur Unterstützung dieser Gebiete, um dem Gefühl entgegenzuwirken, ausgeschlossen zu sein.

— **Fortführung des Fonds für gerechte Übergänge im Rahmen des MFR 2028-2034**
- einschließlich der Zusicherung, dass der Fonds der Region weiterhin zur Verfügung stehen wird.

3. Woiwodschaft Großpolen

Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen	2728
Zahl der Beschäftigten in der Energiewirtschaft	Stand 2024 ⁸⁵
Geplanter Personalabbau mit Blick auf das Jahr 2030	2200
Geplantes Datum der Beendigung des Kohleabbaus	2026 Aufschiebung von 2024 ⁸⁶
Geplanter Termin für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung	2728 Aufschiebung ab 2024

Nach Angaben der Unternehmensleitung auf der Sitzung des Unterausschusses für faire Transformation am 9.07.2024.

1) Management des FST-Umsetzungsprozesses

Die Rückmeldungen über das Management des Prozesses auf regionaler Ebene sind sehr positiv. Die Arbeit des Bevollmächtigten des Woiwodschaftsrates von Großpolen für die Umstrukturierung von Ostgroßpolen⁸⁷, der Präsident der Regionalen Entwicklungsagentur S.A. (ARR) mit Sitz in Konin ist, wird ebenso wie die Arbeit seines Teams hoch bewertet. Auch die Aktivitäten des Marschallamtes werden geschätzt und der gesamte Prozess wird als "in die richtige Richtung gehend" bewertet. Nach Ansicht der Befragten wäre das Verfahren ohne den ARR nicht so effizient und wirklich regional.

Den Befragten zufolge funktioniert der Begleitausschuss gut. Die Kommentare der Mitglieder werden berücksichtigt und haben einen echten Einfluss auf die Prozesse. Die Beratungen bieten Raum für Reflexion und zusätzliche Analysen, und die den Mitgliedern zur Verfügung gestellten Informationen sind vollständig. Das Verfahren zur Auswahl der Kriterien wird als sehr transparent eingeschätzt - es gibt Raum für Änderungen, und konstruktive Kommentare werden positiv aufgenommen. Dennoch wurde festgestellt, dass einige Ausschussmitglieder passiv bleiben. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass

⁸⁵ [Protokoll des Verfahrens](#)

⁸⁶ Ibidem

⁸⁷ Funktion, die Herrn Maciej Sytek 2019 Marschall anvertraut wird.

Die Arbeit im Begleitausschuss ist anspruchsvoll und zudem unbezahlt. Die Menge des zu analysierenden Materials ist enorm, was es schwierig macht, allein effektiv zu handeln. Um die Vertretung auf eine breitere Basis zu stellen, wäre es ratsam, Schulungen für Personen anzubieten, die mit den Verfahren der EU-Fonds nicht vertraut sind.

Nach Meinung der Befragten ist ein Bevollmächtigter auf nationaler Ebene nicht notwendig. Derzeit funktioniert die Koordination der FST nur auf regionaler Ebene gut, während es auf nationaler Ebene an Koordination zwischen den Regionen mangelt. Es wird eine Person benötigt, die die Regionen auch auf europäischer Ebene vertritt und strategische Unterstützung seitens der Regierung bietet. Derzeit gibt es kein Ministerium, das die volle Verantwortung für diesen Bereich trägt. Es ist ratsam, eine nationale Einrichtung mit den entsprechenden Befugnissen zu schaffen, um das Durchführungssystem zu verbessern. Dabei könnte es sich um einen Bevollmächtigten oder einen anderen institutionellen Hintergrund handeln, der jede Kohleregion individuell innerhalb eines Ministeriums unterstützt.

Die Kommunikation mit der Öffentlichkeit durch Informationskampagnen der ARR und anderer Institutionen (z.B. der türkischen Handelskammer oder der Gewerkschaften in der ZE PAK-Gruppe) wird als ausreichend bewertet.

2) Umsetzung

In der Region wurde über das Problem der fehlenden Möglichkeiten für NRO berichtet, über den so genannten *Regran-* gerungsmechanismus (d. h. die Beschaffung von Mitteln zur Verteilung in Form von Mikrozuschüssen) Mittel zu beschaffen. Es wurde die Meinung vertreten, dass die vorgeschlagenen Projekte nicht sehr visionär sind und die sehr kurze Zeit für ihre Umsetzung die Durchführung neuer und ehrgeiziger Projekte unmöglich macht. Folglich besteht das Risiko, dass die Projekte keinen signifikanten transformativen Wert haben werden. Als weitere Schwierigkeiten werden der Mangel an Investoren, die Randlage der Region und die geringere Dynamik genannt, die sich aus dem Reichtum der gesamten Woiwodschaft Wielkopolskie (auf NUTS2-Ebene) ergibt, der nicht dem tatsächlichen Zustand in Ostgroßpolen entspricht. Die Befragten stellen fest, dass der monokulturelle Charakter der Wirtschaft auch eine mentale Barriere bei der Annäherung an das Unternehmertum geschaffen hat, was zu einer geringen Zahl von Neugründungen führen kann. Eine weitere Schwierigkeit für die Unternehmen, insbesondere für kleinere Unternehmen, sind die Kosten für die Beschaffung von Subventionen. Nach Ansicht der Befragten sind sie zu hoch und das Antragsverfahren dauert zu lange, was den potenziellen Nutzen erheblich schmälert. Infolgedessen geben einige Unternehmer die Beantragung von Fördermitteln auf.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die Beantragung von Mitteln zu kompliziert ist und die Unterstützung von Unternehmen erfordert, die sich auf die Beschaffung von Zuschüssen spezialisiert haben. Einem Befragten zufolge bevorzugen diese Unternehmen, die nach einem *Erfolgshonorarmodell* arbeiten, Projekte mit hohen Zuschüssen. Infolgedessen sind kleinere Einrichtungen nicht in der Lage, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, da der potenzielle Gewinn kleinerer Projekte für die Zuschussvermittlungsunternehmen nicht ausreichend ist.

Die Befragten waren der Meinung, dass die Vorschriften für die Umsetzung staatlicher Beihilfen Großinvestoren davon abhalten, in der Region tätig zu werden - sie können nur mit *De-minimis-Beihilfen* rechnen, deren Höchstbetrag bei 300.000 € liegt⁸⁸. Dem Befragten zufolge macht eine solche Begrenzung es unmöglich, ausreichend große Investitionen zu fördern. Die Vertreter des Unternehmens weisen auch darauf hin, dass der Ausschluss von Finanzierungsaufgaben im Zusammenhang mit Information und Werbung von den förderfähigen Kosten es schwierig macht, Menschen zu erreichen, die von der Unterstützung im Rahmen des Projekts *Droga do zarrudnienia po węglu* profitieren könnten (*die Begünstigten müssen die Kosten aus eigenen Mitteln bestreiten - Anmerkung*).

3) Wahrnehmungen der Dekarbonisierung

Bei der Frage nach der Dekarbonisierung auf nationaler Ebene zeigen sich die Befragten wenig zuversichtlich, dass der Prozess des Ausstiegs aus dem Kohlebergbau wie geplant ablaufen wird. Ihrer Ansicht nach schreitet der Prozess bereits viel schneller voran als erwartet.

Als regionale Dimension der Dekarbonisierung wird die Schließung von Braunkohlebergwerken und -kraftwerken sowie die Dekarbonisierung von Gebäuden durch Subventionsprogramme wie "Clean Air" und "My Current" beschrieben. Ein Beispiel für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ist die Gemeinde Turek, in der sowohl ein Bergwerk als auch ein Kraftwerk geschlossen wurden. Einem Befragten zufolge ist der Prozess der Dekarbonisierung der lokalen Wirtschaft jedoch chaotisch, da es an kohärenten Dekarbonisierungsplänen mangelt, insbesondere im Bereich der Fernwärme, sowohl auf lokaler Ebene als auch in den Gemeinden.

4) FST-Mehrwert

Der Nutzen des FST ist nach Ansicht der Befragten in erster Linie eine Bereicherung für die Region, nachdem die soziodemografischen Probleme jahrelang von der Politik nicht erkannt wurden.

Nach den EU-Vorschriften sind De-minimis-Beihilfen Beihilfen, die ein Unternehmen aus öffentlichen Mitteln erhalten kann, ohne sie bei der Europäischen Kommission anmelden zu müssen.

nationalen Behörden. Nach Meinung der Befragten gibt die Gewährung des FST dem östlichen Großpolen seine Würde und den Glauben zurück, dass die Region wieder eine Vorreiterrolle spielen kann und nicht nur ein Ort ist, der langsam untergeht. Eine Aussage zu diesem Thema:

"Die Menschen fühlen sich durch diesen Fonds irgendwie versorgt. Ich meine, zum ersten Mal in der Geschichte ist es nicht so, dass er für alle da ist (EU-Fonds - Anm. d. Verf.), sondern für diejenigen, die die größten Kosten tragen."

Als weitere Vorteile werden "harte Projekte" genannt, d. h. die Modernisierung der Infrastruktur und des Anlagevermögens. Dank des Mitarbeiterprojekts werden Menschen, die sonst vorzeitig in den Ruhestand gehen würden, beruflich aktiviert. Nach Ansicht der Befragten hat dies angesichts der demografischen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen positive Auswirkungen auf die Wirtschaft insgesamt. Andererseits wurde die Meinung vertreten, dass der Fonds bei den so genannten "weichen" Investitionen (Investitionen in Bildung, soziale Aktivitäten) nicht genug Mehrwert bringt.

Alle Befragten sehen eine Situation, in der der Fonds nach 2027 nicht fortgeführt wird, sehr negativ. Eine Nichtfortführung würde ihrer Meinung nach die Gefahr mit sich bringen, dass einige der begonnenen Prozesse zum Stillstand kommen und sich die öffentliche Stimmung von einer vorsichtigen Hoffnung zu einer sehr negativen verändert. Außerdem würden die sich abzeichnenden institutionellen Grundlagen für den Wandel zunichte gemacht. Wenn das FST in der nächsten finanziellen Vorausschau nicht auf den Weg gebracht wird, wird die Region ihren wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Rest Großpolens nicht aufholen können.

Die Befragten aus Greater Eastern empfehlen:

- **Vereinfachung der Verfahren** - Verringerung der Komplexität des Antragsprozesses.
- **Strategische Überprüfung der Durchführungsvorschriften** - Änderung von Vorschriften, die derzeit die Erreichung strategischer Ziele behindern, einschließlich der Leitlinien für die Förderfähigkeit und der Vorschriften für staatliche Beihilfen.
- **Bereitstellung von unabhängiger fachlicher Unterstützung und Schulung** für die Mitglieder der Begleitausschüsse, um eine fundierte Bewertung der einzelnen Kriterien zu ermöglichen.
- **Mehr Kommunikation für Unternehmer** - insbesondere in Form von indirekten Informations- und Beratungsaktivitäten.

- **Vorbereitende Unterstützung für alle Arten von FST-Begünstigten** - einschließlich Hilfe bei der Überwindung verfahrenstechnischer Hindernisse, z. B. bei der Erstellung von Unterlagen oder Anträgen.
- **Unterstützung bei der Erlangung von Zuschüssen für kleine Unternehmen** - Schaffung spezieller, vereinfachter Wege für sehr kleine Unternehmen, so dass diese nicht im Rahmen der allgemeinen Regeln an Wettbewerben teilnehmen müssen.
- **Fortführung des Fonds für gerechte Übergänge im Rahmen des MFR 2028-2034** - einschließlich der Zusicherung, dass der Fonds der Region weiterhin zur Verfügung stehen wird.

4. Woiwodschaft Niederschlesien (Unterregion Walbrzych)

Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen	16 300 ⁸⁹ Zu Beginn der Stilllegung Niederschlesisches Kohlerevier
Zahl der Beschäftigten in der Energiewirtschaft	Nicht anwendbar
Geplanter Personalabbau mit Blick auf das Jahr 2030	Nicht anwendbar
Geplantes Datum der Beendigung des Kohleabbaus	Fertigstellung im Jahr 2000 ⁹⁰
Geplanter Termin für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung	Nicht anwendbar

Daten aus dem Dokument Energiestrategie für Niederschlesien (2021).

1) Management des FST-Umsetzungsprozesses

Die Verwaltung durch das Marschallamt wird als zufriedenstellend bewertet, auch wenn darauf hingewiesen wurde, dass die Projektausschreibungen in unflexibler Weise organisiert sind. Gleichzeitig bewerten alle Befragten die Arbeitsweise des Begleitausschusses positiv. Die Organisation der Arbeitssitzungen wurde als sehr gute Praxis angesehen.

⁸⁹ Za IRT, Analyse der funktionalen Verbindungen im niederschlesischen Kohlerevier, 2021

⁹⁰ Ibidem

vor den Ausschusssitzungen, was es ermöglicht, die Unterlagen in Ruhe zu lesen und eventuelle Zweifel zu klären. Nach Ansicht der Befragten bietet der Ausschuss Raum für Diskussionen, und die vorgebrachten Kommentare werden häufig berücksichtigt, was konstruktive Debatten fördert. Eine angemessene Vertretung der verschiedenen Interessengruppen ist ebenfalls gewährleistet. Die FST-Arbeitsgruppe, die bereits vor der Zuteilung der Mittel an die Region eingerichtet wurde, ist nach wie vor im Marschallamt tätig und fungiert als zusätzliches Beratungsgremium.

Die Befragten aus der Region sehen keine Notwendigkeit für eine Koordinierungsfunktion auf nationaler Ebene. Sie weisen jedoch auf ein Problem bei der Kommunikation über das FST unter den Einwohnern und potenziellen Begünstigten hin. Der Grund hierfür könnte darin liegen, dass Werbemaßnahmen von den förderfähigen Kosten ausgenommen und in die so genannten indirekten Kosten einbezogen wurden, deren Höhe nicht an die marktüblichen Sätze angepasst ist. Infolgedessen werden Informationskampagnen nicht durchgeführt, da sie aus eigenen Mitteln finanziert werden müssten.

2) Umsetzung

Wie in den zuvor beschriebenen Woiwodschaften wiesen die Befragten darauf hin, dass einige der von NextGenerationEU⁹¹ finanzierten Aktivitäten zu kurz seien. Außerdem wurde, wie im Fall von Ostgroßpolen, auf die geringere Höhe der Fördermittel für die Teilregion hingewiesen, die sich aus dem höheren Wohlstandsniveau der Region auf der NUTS2-Ebene ergibt.

Nach Meinung der Befragten schränken die Auslegungen der EU-Verordnungen durch die Europäische Kommission (auf der Grundlage von Anfragen aus Polen) den Umfang der Förderung ein. Ein Beispiel ist die Auslegung, dass die Revitalisierung in der Subregion nur Industrieanlagen betreffen kann, nicht aber Werkwohnungen oder andere Bergbaufolgeeinrichtungen. Die Auslegung verbietet auch die Finanzierung von interurbanen Bahnverbindungen oder allgemeiner Bildung - nur berufliche Bildung ist erlaubt.

Außerdem wurde auf die lange Wartezeit bis zur Erteilung eines Dolmetschers aufmerksam gemacht. Die Befragten betonten, dass zu viel Wert auf die thermische Modernisierung von Gebäuden und zu wenig auf die Revitalisierung gelegt wird. Ein weiteres Problem ist die Anforderung, dass Revitalisierungsmaßnahmen auf Industriebrachen mit einer neuen wirtschaftlichen Funktion des Gebäudes oder des Geländes verbunden sein müssen. Dies ist in einer solchen Situation besonders schwierig,

⁹¹ Der im FST enthaltene NextGenerationEU-Fonds-Pool muss bis Ende 2026 abgeschlossen sein, was der einmaligen und zielgerichteten Logik des Instruments entspricht.

wenn ein Gebäude bereits eine solche Funktion erhalten hat, aber noch renovierungsbedürftig ist. In einer Region mit einer großen Anzahl von geschädigten Gebieten schließen solche Einschränkungen einige Gebiete von der Möglichkeit einer Intervention aus. Erschwerend kommt hinzu, dass die Infrastruktur der Bergbaufolgestrukturen nach der Entscheidung über die Stilllegung des Bergwerks in das Eigentum der Bergbausanierungsgesellschaft (SRK) übergeht, so dass die Gemeinden nicht die Möglichkeit haben, sie einer Revitalisierung zu unterziehen⁹².

Wie in anderen Regionen weisen die Befragten darauf hin, dass den Gemeinden und kleinen Einrichtungen die Mittel für eigene Beiträge fehlen. Darüber hinaus wurden soziale Projekte für Menschen mit Behinderungen und Ausgegrenzte in der Region erst recht spät eingeleitet. Dies erforderte Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, woraufhin das Programm der Europäischen Fonds geändert wurde und es möglich wurde, Unterstützung für soziale Projekte zu beantragen. In diesem Fall konnte dank eines Informationsaustauschs mit der Woiwodschaft Śląskie über die Verwaltung des FST eine Lösung gefunden werden, um den Zuschuss für diese Projekte auf 95 % zu erhöhen, wodurch der Eigenbeitrag für die Begünstigten sozialer Projekte erreichbar wurde.

Die Befragten gaben an, dass ein weiteres Hindernis für die Umsetzung darin besteht, dass Gas bei bestimmten Anschaffungen wie Gabelstaplern, Maschinen für die Gastronomie (Herde, Öfen) oder Hybrid-Wärmepumpen (Kombination einer Wärmepumpe mit einem Gaskessel)⁹³ vollständig von der Finanzierung ausgeschlossen ist.

Einem Befragten zufolge stehen die Anforderungen an die Finanzanalyse nicht immer in einem angemessenen Verhältnis zur Höhe der angebotenen Finanzierung. Für einige Begünstigte stellen umfangreiche Vereinbarungen und zahlreiche Anhänge (z. B. 30 Anhänge zu einer Finanzhilfevereinbarung) ein großes Hindernis dar, das das Antragsverfahren erschwert.

In dieser Region stuften die Befragten das Risiko einer unvollständigen Absorption der Mittel aus dem NGEU-Teil ausnahmsweise als hoch ein. Erschwerend kommt hinzu, dass durch das Hochwasser 2024 einige der im Rahmen des FST geplanten Projekte ihre Legitimität verloren haben - so wurde beispielsweise die zu modernisierende Infrastruktur zerstört. Eine besondere Herausforderung für die Region ist der Ersatz von Wärmequellen in historischen Gebäuden, wo Schwierigkeiten bei der Thermomodernisierung und der Installation von Photovoltaikanlagen den Einsatz von Wärmepumpen in Bezug auf die Betriebskosten riskant machen.

⁹² Das Eigentum und die Infrastruktur werden derzeit gemäß dem Coal Mining Operation Act, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU20071921379/U/D20071379Lj.pdf>, an SRK zur Liquidation und Verwaltung der verbleibenden Vermögenswerte übertragen

⁹³ Es ist jedoch anzumerken, dass solche Käufe weiterhin aus anderen europäischen Fonds finanziert werden können.

Einer der Hauptmängel, der von den Befragten genannt wurde, ist der Mangel an großen, arbeitsplatzschaffenden Projekten, die einen Entwicklungsschub bewirken und den Entvölkerungsprozess aufhalten könnten. Nach Aussage des Befragten unterstützt der Fonds zwar den Wiederaufbau und den Umweltschutz, nicht aber den Bau neuer wirtschaftlicher Infrastrukturen. Wie ein Interviewpartner hervorhebt:

"Was ich vermisse, ist, dass dieser Fonds in Dinge investiert, die für das Leben der Menschen dort keinen wirklichen (...) Unterschied machen werden. Und vielleicht kann man dort besser atmen? Vorausgesetzt, es gibt jemanden, der atmet".

Es wurde auch festgestellt, dass der FST aufgrund der Beschränkungen der Interventionscodes (*d. h. der Bezeichnungen für die Verwaltung der von der EU finanzierten Projekte, in denen die Art der Aktivitäten, die Ziele, die Art der Begünstigten und übrigen Förderbereiche festgelegt sind*) kein attraktiver Fonds für NRO ist.

3) Wahrnehmungen der Dekarbonisierung

Die Dekarbonisierung in der Subregion Wałbrzych wird von den Befragten weder mit der Industrie noch mit dem Bergbau in Verbindung gebracht, sondern mit dem kommunalen Sektor. Auf regionaler Ebene findet sie den Befragten zufolge vor allem deshalb statt, weil sich die Kommunen der Notwendigkeit bewusst sind, niedrige Emissionen zu reduzieren. Dies ist eine der größten Herausforderungen, da in vielen Gemeinden die Grenzwerte für die Feinstaubkonzentration in Rekordhöhe überschritten werden. Die Region hat eine Strategie zur Verringerung des Kohlenstoffausstoßes und eine Strategie zur Dekarbonisierung des Verkehrs entwickelt. Es werden Energiegenossenschaften gegründet, Investitionen in Elektrobusse und EE-Anlagen getätigt und die Beleuchtung durch energieeffiziente LEDs ersetzt, was alles zur Verbesserung der Energieeffizienz beiträgt. Es ist jedoch nicht klar, wie sich die FST-Mittel auf diese Aktivitäten auswirken, zumal sich die Auszahlung des Fonds noch in einem frühen Stadium befindet.

4) FST-Mehrwert nach Meinung der Befragten

Die Intervention in dieser Region umfasst keine Sozialschutz- und Umschulungskomponente, da die Entlassungen bereits Jahren stattgefunden haben. Den Befragten zufolge besteht jedoch ein großer Mehrwert darin, dass Mittel für harte Projekte im Zusammenhang mit der Anpassung von Bergbaufolgelandschaften und für Projekte zur Behebung von Umweltschäden, die durch den Bergbau verursacht wurden (insbesondere im Hinblick auf die Verschmutzung von Oberflächengewässern), zur Verfügung stehen - d. h. ein gewisser Ausgleich für die entstandenen Schäden.

Die eingeleiteten sozialen Projekte können die Schwierigkeiten der Bewohner nicht vollständig ausgleichen (es gibt eine hohe Zahl von Menschen mit sozialen Problemen oder in der Krise der Obdachlosigkeit).

Die Befragten nennen die Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen als größten Vorteil und betonen, dass die ausschließlich der Subregion zugewiesenen Mittel eine wertvolle Ergänzung zu denen des Europäischen Sozialfonds (ESF+) und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) darstellen. Sie sprechen auch darüber, wie wichtig es für sie ist, dass es sich um einen subregional zugewiesenen Fonds handelt, wie das folgende Zitat zeigt:

"Andererseits, wenn es einen eigenen, zweckgebundenen Geldtopf gibt, ist der Mut, danach zu greifen, viel größer als zum Beispiel bei den horizontalen Projekten, bei denen es sehr große Bedenken gab, bei denen Stimmen laut wurden, dass die Einwohner von Wrocław, große Unternehmen oder lokale Behörden mit größerem Potenzial gewinnen könnten".

Wie in Ostgroßpolen verweisen die Befragten auf die Frage nach den Folgen einer Nichtfortführung der FST auf eine Zunahme der Unterschiede im BIP und in der Entwicklung zwischen der Teilregion und dem Rest der Woiwodschaft. Ihrer Meinung nach werden die sozioökonomischen Disparitäten ohne die FST bestehen bleiben und das Gebiet wird sich entvölkern. Sie weisen darauf hin, dass das Gebiet zudem anfällig für Naturkatastrophen ist, wie das Hochwasser von 2024 gezeigt hat.

Die Befragten aus der Teilregion Walbrzych empfehlen:

- **Berücksichtigung der Auslegungen der Europäischen Kommission zur Förderfähigkeit von Kosten**, insbesondere für die Finanzierung von Erdgasinvestitionen, in Situationen, in denen andere Lösungen weniger attraktiv oder wirtschaftlich nicht realisierbar sind.
- **Ermöglichung der Finanzierung von Erdgas** als Wärmequelle in historischen Gebäuden und der Innenmodernisierung von kommunalen Gebäuden.
- **Stärkere Unterstützung des Unternehmertums** in Bergbaufolgelandschaften, um die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.
- **Anhebung des Finanzierungsniveaus auf 95 %**, wodurch die Mittel für die Begünstigten leichter zugänglich werden und die Projektdurchführung verbessert wird.

- **Mehr Zeit** für die **Mitglieder der Begleitausschüsse**, um sich vor den Sitzungen mit dem Material vertraut zu machen und so die Qualität der Entscheidungen zu verbessern.
- **Aufstockung der Personalressourcen** für den Projektprüfungsprozess, um die Effizienz und Pünktlichkeit der Durchführung der Aktivitäten zu verbessern.
- **Fortführung des Fonds für gerechte Übergänge im Rahmen des MFR 2028-2034**
- einschließlich der Zusicherung, dass der Fonds der Region weiterhin zur Verfügung stehen wird.

5. Woiwodschaft Łódzkie

Zahl der im Bergbau beschäftigten Personen	4631 Situation im Jahr 2020
Zahl der Beschäftigten in der Energiewirtschaft	2899 Situation im Jahr 2020
Geplanter Arbeitsplatzabbau in der Perspektive 2030	3045
Geplantes Datum der Beendigung des Kohleabbaus	2038
Geplanter Termin für den Ausstieg aus der Kohleverbrennung	2036

Daten aus dem aktualisierten "Territorial Fair Transformation Plan"⁹⁴ und Berichte der PGE Group Company⁹⁵.

1) Management des FST-Umsetzungsprozesses

Nach Meinung der Befragten bringt die Institution, die die Arbeit auf regionaler Ebene koordiniert, die Gemeinschaften zusammen und erfüllt ihren Auftrag gut. Auch die Arbeit des Begleitausschusses wird insgesamt gut bewertet, aber die Befragten weisen darauf hin, dass die aktive Teilnahme der Mitglieder viele Anforderungen an sie stellt. Sie weisen darauf hin, dass der Ausschuss eine Vielzahl von Dokumenten erstellt, deren Einarbeitung den Mitgliedern viel Wissen und Zeit abverlangt.

⁹⁴ Regionalprogramm Europäische Fonds für Lodz 2021-2027, S. 366

⁹⁵ <https://www.gkpge.pl/grupa-pge/dla-mediow/komunikaty-prasowe/korporacyjne/sprawiedliwa-transformacja-regionu-belchatowskiego-staje-sie-faktem>, dostęp dnia 23 lutego 2025 roku

Teilnehmer. Die Sitzungen der Arbeitsgruppe "Faire Umgestaltung", die vor den Ausschusssitzungen stattfinden und in denen die Kommentare zu den vorgelegten Materialien erörtert werden können, werden gut angenommen. Gleichzeitig merkte ein Befragter an, dass der Ausschuss nur begrenzten Raum für Diskussionen biete und dass die Quellen der vom Marschallamt vorgeschlagenen Änderungen nicht immer klar seien. Es wurde auch auf den unzureichenden Informationsfluss vom Hauptakteur PGE GiEK (PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna), zu den Ausschussmitgliedern und den Dokumenten im Zusammenhang mit der Arbeit des Ausschusses hingewiesen. Es wurde auch betont, dass der Dialog, die Ausschusssitzungen und die von der Verwaltungsbehörde organisierten Veranstaltungen im Bereich der gerechten Umwandlung in den Regionen stattfinden sollten, die von der TPST abgedeckt werden (in diesem Fall in Bełchatów). Die Meinungen über die Schaffung der Funktion einer/eines vollwertigen FST-Beauftragten auf nationaler Ebene sind geteilt. Einige Befragte weisen auf die Notwendigkeit einer Institution hin, die Einfluss auf die zentralen Behörden nehmen und die Kohärenz des Prozesses überwachen würde. Dies ist auf die beobachtete Verwässerung der Verantwortung auf nationaler Ebene zurückzuführen. Wie ein Befragter hervorhebt:

"(...) offizielle staatliche Dokumente sagen das eine, das Ministerium das andere (...)".

(Im Rahmen des Marschallamtes der Region Łódzkie wurde eine Abteilung für Unternehmertum und gerechten Übergang sowie die Funktion eines für gerechten Übergang eingerichtet, dessen Rolle Frau Małgorzata Misiak innehat). Eine der befragten Personen vertrat die Ansicht, dass die Ernennung eines Bevollmächtigten auf nationaler Ebene in dieser Situation unnötig sei, da die oben genannten Strukturen auf regionaler Ebene eine ausreichende Lösung darstellten (und fügte hinzu, dass die Person, die den Prozess des gerechten Übergangs beaufsichtigt, den Rang eines Mitglieds des Provinzvorstands haben sollte, um voll wirksam zu sein). Eine solche Position würde einen wirksamen Einfluss auf die zentrale Regierungsebene und die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Bereich der Transformation gewährleisten. Nach Ansicht der Mehrheit der Befragten würde ein Bevollmächtigter/Vollmacht auf nationaler Ebene allein keinen wesentlichen Mehrwert bringen. Unabhängig von der endgültigen Vision des Amtes und der Leitungsstruktur wird die Notwendigkeit einer nationalen Aufsicht über die Umsetzung des Ziels der strategischen Ausrichtung unterstrichen. Nach Ansicht der Befragten ist auch eine zentrale Vermittlungsinstitution erforderlich, um etwaige Zweifel an den Ausgaben des FST auszuräumen.

Ein großes Problem, das von den Befragten hervorgehoben wurde, ist der geringe Wissensstand in der Region über das FST. Es fehlt eine Informationskampagne über die Anwendung des FST, die zeigt, wie das Verfahren funktioniert und was es für die Bewohner bedeutet. Einem der Befragten zufolge würde dieser Bedarf durch eine Regierungskampagne auf nationaler Ebene gedeckt werden.

Die Befragten betonen nachdrücklich, dass noch viel Arbeit geleistet werden muss, um die Unvermeidbarkeit des Wandels zu akzeptieren und ein Bewusstsein dafür zu schaffen und die lokale Gemeinschaft in den Prozess einzubeziehen. Die Mehrheit der Befragten betont, dass dies für die Teilregion Bełchatów erst der Anfang des Prozesses ist, die Vorbereitung des Hintergrunds, und dass die wichtigsten Veränderungen nach 2029 stattfinden werden, also erst während der nächsten mehrjährigen Finanziellen Vorausschau WRF 2028-2034. Der Prozess des Ausstiegs aus dem Kohleabbau und der Kohleverbrennung findet noch nicht in nennenswertem Umfang statt.

2) Umsetzung

Wie in anderen Provinzen wurde auch in den Marschallämtern ein Personalmangel festgestellt. Der kurze Zeitrahmen für die Auszahlung einiger NextGenerationEU-Mittel stellt eine ernsthafte Herausforderung für die genaue Planung von Investitionen und deren Ausrichtung auf strategische Ziele dar. Nach Ansicht der für den Prozess Verantwortlichen erhöht ein zu schnelles Vorantreiben von Projekten das Risiko von Fehlinvestitionen, die möglicherweise nicht zur Erreichung der erklärten Transformationsziele beitragen. Eine weitere gemeinsame Herausforderung für die Regionen ist das Problem der Bereitstellung von Eigenbeiträgen für Zuschussprojekte, sowohl durch die Kommunen als auch durch NROs. Trotz dieser Schwierigkeiten erwägen die Kommunalverwaltungen, gemeinsame Initiativen und Dachprojekte einzureichen, um die Ressourcen effizient zu verwalten.

Zu den Unterschieden zählt der im Vergleich zu anderen Provinzen verspätete Beginn der Programmplanung, was das Risiko einer unzureichenden Mittelverwendung aufgrund der begrenzten Anzahl von Einrichtungen, die Mittel beantragen, erhöht. Den Befragten zufolge ist die mangelnde Kohärenz der Maßnahmen auch auf Unklarheiten hinsichtlich neuer Technologien und Spezialisierungen zurückzuführen, in die die Region investieren sollte. Dies macht es schwierig, Schlüsselkompetenzen zu entwickeln. Das Fehlen einer klaren Vision für die Region nach dem Übergang und das Fehlen eines kohärenten Konzepts für die künftige Wirtschaft und ihre Spezialisierungen wurden ebenfalls hervorgehoben. Der derzeitige Plan für die territoriale Umgestaltung der Messe (TPST) ist nach Ansicht der Befragten zu vage und wird seiner strategischen Rolle nicht gerecht. Auch das frühe Stadium der Transformation wird hervorgehoben, wie das folgende Zitat zeigt:

"Die Tatsache, dass wir als Woiwodschaft Geld erhalten haben, um uns de facto auf den Übergang vorzubereiten, ist eine große Chance, aber ob wir sie nutzen werden, wird sich erst in fünf Jahren zeigen.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Umgestaltung wurde festgestellt, dass unsere Stellenvermittlungsprogramme aufgrund des geringen Umfangs der Entlassungen in der Region derzeit kaum Erfolg versprechen. Darüber hinaus misst das FST nach Ansicht der Befragten der Reindustrialisierung nicht genügend Bedeutung bei. Kleine und mittlere Unternehmen sind nach Ansicht der Befragten nicht in der Lage, die industrielle Monokultur beim Aufbau der lokalen Wirtschaft zu ersetzen und den Einwohnern der Region eine vergleichbare Lebensqualität zu bieten.

Den Befragten zufolge wird das FST-Programm derzeit von den regionalen Behörden angepasst, um den spezifischen Bedürfnissen gerecht zu werden, die im Laufe der Arbeiten festgestellt wurden - für 2025 sind Änderungen geplant, damit auch große Vorprojekte von dem Fonds profitieren können. Ebenfalls im Jahr 2025 werden, wie mit der Europäischen Kommission vereinbart, spezielle Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für Post-Management-Organisationen veröffentlicht, die eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung des Wandels in der Region spielen können. Das Fehlen einer ausreichenden Zahl lokaler NRO und von Menschen vor Ort kann jedoch nach wie vor ein großes Hindernis für den Aufbau einer Basisbeteiligung und lokaler Projekte darstellen (nach Angaben der Befragten ist nur eine Person aus Bełchatów im Begleitausschuss vertreten). Einem Befragten zufolge mangelt es an Instrumenten für den Aufbau bürgerschaftlichen Engagements und die Stärkung des lokalen Sozialkapitals.

Wie in der Teilregion Wałbrzych betonen die Befragten, dass eine Herausforderung der geringe Unternehmergeist der Einwohner ist, der wirtschaftliche Monokulturen charakteristisch ist.

Es wurde festgestellt, dass der Zeitpunkt der Auszahlung des Fonds für faire Transformation (FST) nicht mit der Raumordnungsreform abgestimmt ist, die von den Gemeinden verlangt, bis Ende 2025 sogenannte Generalpläne zu erstellen, die auch die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energiequellen (EE) vorsehen.

Nach Ansicht vieler Befragter sind Investitionen in Photovoltaikanlagen auf Wohngebäuden nicht transformativ und für die Region nicht notwendig. Es wurde vorgeschlagen, dass sie sich auf strategischere Investitionen konzentrieren sollten, wie z. B. die Entwicklung von Stromnetzen und größeren Anlagen, wie z. B. Windparks oder groß angelegte Photovoltaikanlagen. Die Umsetzung solcher Projekte stößt jedoch auf erhebliche administrative Hindernisse - das Genehmigungsverfahren

für EE-Großinvestitionen zu lange dauert, um sie mit den FST-Auslaufterminen zu koordinieren.

Neben anderen Umsetzungsproblemen wiesen die Befragten auf die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der thermischen Modernisierung von Mietshäusern und deren Anschluss an das Fernwärmesystem hin. Eine Herausforderung ist die Notwendigkeit, in die Struktur der Gebäude einzugreifen, was die Planung und Budgetierung solcher Investitionen erheblich erschwert.

3) Wahrnehmungen der Dekarbonisierung

Unter den Befragten herrscht, wie auch in anderen Regionen, der Eindruck, dass die Zentralregierung hauptsächlich für den Dekarbonisierungsprozess des Landes verantwortlich ist. Ein Hindernis ist das Fehlen einer klaren Kommunikation über das Tempo der Dekarbonisierung durch die Energieunternehmen, was ein landesweites Problem darstellt. Es wurde auf den Mangel an verantwortungsvoller und transparenter Kommunikation über die Zukunft von Bełchatów hingewiesen, insbesondere im Zusammenhang mit der Beschäftigung und dem Ende der Kohleverstromung. Einem Befragten zufolge beschränken sich die beobachtbaren Veränderungen in der Region im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung derzeit hauptsächlich auf Erzählungen und Bewusstseinsveränderungen. Als Beispiel wurde das Fehlen von Illusionen über die Möglichkeit der Eröffnung des Żłoczew-Tagebaus angeführt (*PGE erklärte anlässlich der Ankündigung des Plans für eine gerechte territoriale Umgestaltung durch die regionalen Behörden offiziell, dass es keine Pläne zur Förderung von Kohle aus der Żłoczew-Lagerstätte habe - auror's note*).

Unter den Akteuren auf regionaler Ebene werden Dekarbonisierungsprozesse hauptsächlich mit der Entwicklung erneuerbarer Energiequellen (EE) und der Elektrifizierung des Verkehrs identifiziert. In Bełchatów beispielsweise sind die Einwohner sehr daran interessiert, die Vorteile des Programms für saubere Luft zu nutzen, das zu einer großen Anzahl von Photovoltaikanlagen beigetragen hat. Die Stadt bietet auch kostenlose öffentliche Verkehrsmittel an, die teilweise mit Elektrobussen betrieben werden.

4) FST-Mehrwert nach Meinung der Befragten

Nach Ansicht der Befragten besteht der Mehrwert des FST darin, Maßnahmen zur Vorbereitung der Region auf die Umgestaltung einzuleiten und ihren Bedarf zu ermitteln. Die Region befindet sich in der Phase, in der sie lernt, wie sie den Prozess angehen soll, und die Schlüsselrolle wird der nächsten Finanziellen Vorausschau des MFR 2028-2034 zufallen. Es wird deutlich, dass es an einer verantwortungsvollen und transparenten Kommunikation über die Zukunft von Bełchatów mangelt, insbesondere in Bezug auf Fragen der Beschäftigung und des Endes der Kohleverstromung. Die Befragten geben an, dass die fehlende Fortführung des FST über 2027 hinaus ernsthaft

den Transformationsprozess hemmen. Dies kann zu einem erhöhten Risiko von sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit führen. Nach Ansicht der Befragten wird dies auch zu einem Verlust an institutionellem Wissen und engagierten Fachleuten im Market Office führen, die sich derzeit mit Fragen des Übergangs befassen. Darüber hinaus könnte sich das ohnehin schon hohe Risiko der Entvölkerung noch verschärfen, da ohne die Intervention des FST die Zahl der Arbeitsplätze wahrscheinlich zurückgehen wird, was wiederum junge Menschen dazu veranlassen würde, die Region zu verlassen.

Die Befragten aus der Region Belchatow empfehlen:

- **Verlegung der Sitzung des Begleitausschusses nach Belchatow.**
- **Schaffung einer lokalen Einrichtung oder Zelle für FST in Belchatów** - die mit der Bearbeitung von FST im Marschallamt beauftragten Personen sollten eine separate Einrichtung oder Zelle mit Sitz in Belchatów schaffen.
- **Bessere Verwaltung der Arbeit des Begleitausschusses** - die Mitglieder sollten frühzeitiger über die Sitzungen informiert werden, um eine bessere Vorbereitung und höhere Effizienz zu ermöglichen.
- **Gezielte Entwicklung des Gemeinwesens** - die Mittel sollten in Projekte investiert werden, die dazu beitragen, die lokalen Gemeinschaften auf die aus dem wirtschaftlichen Übergang resultierenden Veränderungen vorzubereiten.
- **Stärkere Unterstützung für Großunternehmen** - Die staatlichen Beihilfen für Großunternehmen, die über *Kleinstunternehmen* hinausgehen, sollten aufgestockt werden, um sie in die Lage zu versetzen, sich wirksam am Transformationsprozess zu beteiligen.
- **In Anbetracht der demographischen Zukunft der Region** - die Region sollte sich auf eine Veränderung der demographischen Struktur vorbereiten, in der eine bedeutende Gruppe wohlhabender Rentner sein wird. Dies schafft Potenzial für die Entwicklung sozialer Dienstleistungen und die Entwicklung der so genannten "Silberwirtschaft", die auf diese Gruppe von Einwohnern ausgerichtet ist, nach dem Beispiel der in Großpolen durchgeführten Aktivitäten.
- **Informationskampagne über die Entwicklungsperspektiven der Region durch soziale Organisationen⁹⁶** - eine Informationskampagne sollte organisiert werden, um die

⁹⁶ Verstanden als NGOs

Aussichten für die lokale Entwicklung, potenzielle Investitionsarten und mögliche Richtungen für den Arbeitsmarkt im Vorfeld des Jahres 2050.

— **Beauftragung von "vergleichenden Analysen" durch die Akteure** - vergleichende Analysen von Aktivitäten in anderen FST-Regionen sowie Geschichten über erfolgreiche Transformationen aus anderen Ländern können wertvolle Inspiration und Unterstützung bei der Planung lokaler Aktivitäten bieten.

— **Fortführung des Fonds für faire Transformation im Rahmen des MFR 2028-2034**
- einschließlich der Zusicherung, dass der Fonds der Region weiterhin zur Verfügung stehen wird.

D. Schlussfolgerungen

Die durchgeführten Interviews zeigen, dass trotz der großen Unterschiede in der Situation der polnischen Regionen, die vom FST profitieren, wie z.B. der Umfang der Beschäftigung in der Bergbauindustrie, der Anteil der Bergbau- und Kohlekraftindustrie an der Wertschöpfung der lokalen Wirtschaft und die Größe des Gebiets, die Probleme bei der Verwendung des Fonds viele gemeinsame Elemente haben. Der Durchführungsprozess kann verbessert werden, und die Halbzeitüberprüfung der europäischen Fonds ist eine ausgezeichnete Gelegenheit dazu.

In den polnischen Regionen werden häufig folgende Probleme gemeldet:

Prozessmanagement

- Lange Wartezeit auf eine Auslegung der EU-Ausgabenvorschriften durch die Europäische Kommission;
- die Auslegung der Europäischen Kommission, die nach Ansicht der Umfrageteilnehmer den Umfang der Unterstützung einschränkt⁹⁸;
- Mangelnde Koordinierung der FST-Umsetzung auf Regierungsebene, Aufteilung der Verantwortung auf mehrere Ministerien;

⁹⁷ Aus dem Interview geht nicht hervor, wer genau für einen solchen Auftrag zuständig wäre.

Es ist anzumerken, dass diese Bewertung nicht mit den Fakten konfrontiert wurde, eine Überprüfung der Auslegungen der Kommission zu den FST-Ausgaben in Polen war nicht Gegenstand dieser Analyse.

- Mangelnde Transparenz bei der Bereitstellung von Informationen durch Unternehmen des Staatsschatzes (berichtet in den Śląskie und Łódzkie);
- Personalmangel in den Verwaltungsbehörden, der die Wirksamkeit der Antragsbewertung beeinträchtigt.

Umsetzung

- Bei der Ausgabe von FST fehlt es den Befragten an Klarheit über die strategische Ausrichtung der lokalen Wirtschaft - sie erwarten ein strategisches Dokument, das eine neue wirtschaftliche Spezialisierung definiert oder strategische Projekte aufzeigt - nach Ansicht der Befragten entspricht die TPST nicht diesem Bedarf;
- Zweifel der an der Umsetzung Beteiligten an der Möglichkeit, dass kleine und mittlere Unternehmen Arbeitsplätze im Bergbausektor ersetzen können (insbesondere bei wirtschaftlichen Monokulturen);
- Bedenken hinsichtlich des mangelnden Umgestaltungspotenzials der durchgeführten Projekte;
- kurzer Zeithorizont für die Auszahlung der Mittel aus der Next-Komponente -GeneratioEU (bis 2026), was sich negativ auf die Qualität der Projekte auswirkt;
- fehlende Mittel für Eigenbeiträge bei lokalen Behörden und kleinen Organisationen, unabhängig davon, ob die FST-Finanzierung in der Region 70 % oder 85 % beträgt (wie in Polen);
- Der Ausschluss von Investitionen in die Herstellung, Verarbeitung, den Transport, die Verteilung, die Lagerung oder die Verbrennung fossiler Brennstoffe von der FST-Förderung, was zur Folge hat, dass Käufe, bei denen fossiles Gas als Brennstoff verwendet wird, untersagt werden⁹⁹.

Die Europäische Kommission übermittelte dem Ministerium für Fonds und Regionalpolitik im September 2024 eine Auslegung, wonach eine EFRE/AC/JTF-Unterstützung für Investitionen in Maschinen oder Anlagen, die durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe angetrieben werden, nur dann als förderfähig angesehen werden kann, wenn es keine praktikable alternative Technologie gibt.

Gleichzeitig konnten wir viele positive Rückmeldungen einholen, die zeigen, dass der Fonds ein guter Katalysator für Bottom-up-Prozesse der gemeinsamen Zukunftsplanung ist und die Befragten seine Fortsetzung im MFR 2028-2034 unterstützen:

Prozessmanagement

- es herrscht keine Besorgnis über die Fähigkeit der Woiwodschaften, die FST-Mittel zu absorbieren - trotz der kurzen Fristen, die mit der Auszahlung der NGEU-Komponente verbunden sind (mit Ausnahme der Woiwodschaft Łódzkie, wo solche Bedenken geäußert wurden);
- Es besteht jedoch die Befürchtung, dass kurze Fristen zu unüberlegten Ausgaben führen werden;
- Die Arbeit der Begleitausschüsse und der regionalen Verwaltung wird überwiegend positiv bewertet;
- Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung der TPST und der Auszahlung der FST wird in den Regionen begrüßt, in denen es Basisorganisationen gibt, die sich in den Prozess einbringen können (Woiwodschaft Schlesien und Ostgroßpolen);
- Die Aktivitäten werden durchgeführt, um die Lücke in der Beteiligung der Bevölkerung zu schließen, die durch das Fehlen lokaler NRO im Interventionsgebiet (Woiwodschaft Łódzkie) entstanden ist.

Umsetzung

- Regionen lernen , vergleichen FST-Ausgabenlösungen (in Bezug auf die Definition von Ausgabenregeln, Abgrenzung und Demarkation durch Marschallämter);
- Es gibt Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen vielen Interessengruppen, wie im Fall des Großpolen-Projekts "Road to Employment after Coal";
- Die FST ist eine große Hilfe für die Kommunen, die die Hauptnutznießer der Unterstützung sind;
- Die Gewährung des Fonds hat einen hohen symbolischen Wert, da sie den Regionen die Möglichkeit gibt, ihre Würde und Subjektivität wiederzuerlangen;
- Je nach Verlauf der lokalen Transformation (auf Gemeindeebene oder auf Ebene der gesamten Region/Unterregion) bieten die Maßnahmen die Möglichkeit, soziale und wirtschaftliche Transformationsprozesse einzuleiten (Woiwodschaft Łódzkie) oder abzuschließen (Unterregion Wałbrzych, Woiwodschaft Śląskie).
-wirtschaftlich;

— Dies ist besonders wichtig für periphere Regionen in wohlhabenden Woiwodschaften, wie die Teilregionen Bełchatów und Wałbrzych, die im Wettbewerb um Zuschüsse und Investitionsmittel häufig gegenüber anderen Teilen der Woiwodschaft den Kürzeren ziehen.

Die folgenden Punkte müssen von den Verwaltungsbehörden und den zuständigen Ministerien bei der Halbzeitüberprüfung berücksichtigt werden:

— **Um die FST-Unterstützung für Großunternehmen zu erhöhen**, sollte eine Überarbeitung der europäischen Vorschriften für staatliche Beihilfen in Betracht gezogen werden, um die Unterstützung größerer Unternehmen zu erleichtern, die in Gebieten tätig sind, die in der Übergangsphase besonders starken wirtschaftlichen Schocks ausgesetzt sind;

— **mehr Unterstützung für die Mitglieder der Begleitausschüsse**, sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf die Möglichkeit, externe Sachverständige zu konsultieren;

— **die Regeln zur Erleichterung des Zugangs zu STF-Mitteln für kleine Einrichtungen zwischen den Regionen kohärenter zu gestalten** (sowohl in Bezug auf die erforderlichen Eigenbeiträge als auch auf die Verwaltungsverfahren), z. B. durch die Möglichkeit, mit Zustimmung der Europäischen Kommission durchgängig Projekte zur Wiederverleihung zu finanzieren. Gegenwärtig geht jede Region dieses Problem individuell an, was zu unterschiedlichen Ergebnissen führen kann;

— **eine gute Diagnose des Aufklärungsbedarfs in der Bevölkerung und des Bedarfs an Informationskampagnen**. Bei der Beurteilung der Zweckmäßigkeit einer regionalen Informationskampagne sind große Diskrepanzen festzustellen. Es sollte eine Unterscheidung zwischen den Aktivitäten getroffen werden:

a) Verbesserung der Kenntnisse potenzieller Entscheidungsträger über Fundraising-Möglichkeiten;

b) Schaffung von Akzeptanz für den Veränderungsprozess in den lokalen Gemeinschaften und Wissen darüber, wie der Fonds die regionale Entwicklung unterstützt;

und bereiten je nach den lokalen Bedürfnissen geeignete Kampagnen vor.

— **Sicherstellung, dass alle Regionen über angemessene Mittel für Informationskampagnen verfügen**, was die Lösung des Problems der Übertragung von Werbekosten auf indirekte Kosten in der Struktur der europäischen Fonds erfordert.

— **Bereitstellung von Mitteln für die Aufstockung der Ressourcen und die Entwicklung lokaler NRO in Regionen, in denen ein solches bürgerschaftliches Engagement bisher nicht vorhanden war**, um eine stärkere Beteiligung der Einwohner an Entscheidungsprozessen, die Vorbereitung auf die Umgestaltung und die Durchführung nützlicher und nachhaltiger Projekte zu ermöglichen.

5. Zusammenfassung

Der Fonds für faire Transformation ist in Polen seit Anfang 2023 in Betrieb. In den vergangenen zwei Jahren (der Bericht wurde Ende 2024 und Anfang 2025 erstellt) wurden in den begünstigten Regionen große Anstrengungen unternommen, um den Fonds zu programmieren und Projektaufträge zu starten. Dies geschah nach dem Bottom-up-Prinzip und unter Einbeziehung aller Beteiligten. Es ist jedoch noch zu früh, um die Auswirkungen dieser Projekte auf die zu bestimmen, sowohl im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch auf die soziale Abfederung und die Dekarbonisierung, da die Projekte gerade erst angelaufen sind.

Es lassen sich jedoch zahlreiche Vorteile in Bezug auf die Beteiligung und Mobilisierung, eine Änderung der Einstellungen, Erzählungen und Ansätze zur Umgestaltung bei denjenigen feststellen, die Begünstigte des FST sind oder mit seiner Umsetzung arbeiten. Der Fonds und die Projekte, die er finanzieren wird, geben Hoffnung auf eine bessere Zukunft und den Verbleib junger Menschen in Regionen, die von einem hohen Risiko der Entvölkerung geprägt sind. Er sollte daher nicht nur als klimapolitisches Instrument betrachtet werden. Es ist eine Antwort auf die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in den Bergbauregionen. Sie setzt Prozesse in Gang, die in den nächsten Jahrzehnten langfristig Früchte tragen werden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, seine Fortsetzung zu gewährleisten, und im Falle von Änderungen der Architektur der EU-Fonds in Richtung Integration sollten die Hauptmerkmale der FST-Interventionen, wie die Zuweisung eines Teils der Mittel auf subregionaler Ebene (NUTS3), die Grundlage der Interventionen auf Transformationsplänen und eine integrative, von unten nach oben gerichtete Planung und Verwaltung, beibehalten werden.

Es ist auch erwähnenswert, dass es in Polen immer noch zwei Regionen gibt, die im kommenden Jahrzehnt einen Übergangspfad weg von der Kohle einschlagen werden: die Region Turów (Woiwodschaft Dolnośląskie) und das Lubliner Kohlebecken (Lubelskie Zagłębie Węglowe). Angesichts der derzeit ausgearbeiteten nationalen Strategien wie dem Nationalen Energie- und Klimaplan (NERP) oder der Fernwärmestrategie, die den Weg für die Umgestaltung des Stromsektors vorgeben, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung auch dort beschleunigt wird. Die Gemeinden in diesen Regionen sollten auch in der nächsten Finanziellen Vorausschau unterstützt werden. Umso wichtiger ist die Fortführung der FST für Polen.

Aus der ersten Auflage des FST wurden Lehren gezogen, die den Fonds in der nächsten Finanziellen Vorausschau des MFR 2028-2034 prägen sollten. sollten:

- Beibehaltung des Fonds als Instrument zur Unterstützung lokaler Herausforderungen, das für ausgewählte Gebiete bestimmt ist;
- Ungeachtet der Änderungen an der Architektur der Fonds werden die Hauptmerkmale der Interventionen, d. h. die Zuweisung eines Teils der Mittel auf subregionaler Ebene (NUTS3), die Ausrichtung der Interventionen auf Transformationspläne und eine integrative, von unten nach oben gerichtete Planung und Verwaltung, beibehalten;
- die TPST-Formel so zu ändern, dass sie zur Ausarbeitung einer Entwicklungsvision für die Region führt, in der Spezialisierungen und Vorzeigeprojekte festgelegt werden;
- die Höhe der Finanzmittel für die Teilregionen direkt auf die Indikatoren der NUTS3-Ebene (nicht NUTS2) beziehen, um eine den lokalen Entwicklungsbedingungen angemessene Unterstützung zu gewährleisten;
- Durchführungsbestimmungen zu erlassen, die es kleinen Einrichtungen (NRO, Wohngemeinschaften und Kleinstunternehmen) erleichtern, den Fonds in Anspruch zu nehmen;
- Schaffung eines Rechtsrahmens für die erneute Gewährung von Finanzhilfen durch NRO, um sehr kleine Einheiten zu erreichen und den Umfang der Projekte zu diversifizieren (über die Interventionscodes hinaus).

Anhang 1: Methodik der Erhebung

Im November und Dezember 2024 führten wir insgesamt 23 Interviews mit Vertretern der folgenden Gruppen: Mitarbeiter von Verwaltungs- und Vermittlungseinrichtungen, Vertreter von Unternehmen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Bergbauunternehmen, lokalen Regierungseinheiten (Gemeinden), NRO und Bergbaugewerkschaften. Außerdem gab es ein Interview mit einem Vertreter des Ministeriums für Fonds und Regionalpolitik.

Die Interviews waren strukturiert und wiederholten sich. Für die Mitglieder der Begleitausschüsse der europäischen Fonds wurden zusätzliche Fragen zur Funktionsweise der Ausschüsse gestellt. Die Antworten wurden für die Zwecke dieser Studie anonymisiert.

Anhang 2: Territoriale Pläne für die Umgestaltung der Messe

Die Fair-Transition-Pläne für die einzelnen Provinzen sind auf den Websites der Marschallämter zu finden:

- [Woiwodschaft Schlesien](#)
- [Woiwodschaft Wielkopolskie](#)
- [Woiwodschaft Niederschlesien](#)
- [Woiwodschaft Łódzkie](#) (wird aktualisiert)



Warschau, März 2025